Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt".

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Altefähre 25/27, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfennige, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfennige, auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 75. **Freitag, den 29. März 1895.** 2. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

An unsere Freunde!

Wir leben in einer Zeit der schwärzesten Reaktion, wo der freie Gedanke erstickt, das freie Wort erdrosselt werden soll. In der „Umsturz"vorlage findet dieses Bestreben seinen krassesten Ausdruck und in dem Bismarcktummel, der seit Sonnabend das gesammte Bürgerthum in einen Wahnsinns-Taumel versetzt hat, seine Bestätigung. In dieser Zeit der Zersetzung aller Parteien, wo knechtseliger Byzantinismus, mattherzige Feigheit und rücksichtslose Unterdrückungswuth Andersdenkender sich breit macht und alle freiheitlichen Regungen der Volksrechte zu ersticken droht, ist es doppelt heilige Pflicht, dem einzigen Organ in Lübeck, das unentwegt die Fahne für Wahrheit, Freiheit und gleiches Recht hochhält, dem

Lübecker Volksboten

stets neue Leser, neue Abonnenten zuzuführen. Freunde, Parteigenossen, erfüllt Eure Pflicht, damit jeder Einzelne dem Organ wenigstens einen neuen Abonnenten zuführen kann. Es thut in der jetzigen Zeit des Byzantinismus dringend noth, dem freien Gedanken stets neue Heimstätten zu erschließen. Die Abonnementsbedingungen sind am Kopfe unserer Zeitung verzeichnet. Unsere werthen Postabonnenten wollen die Zeitung bei der nächsten Postanstalt gefälligst recht bald bestellen, um Unterbrechungen in der regelmäßigen Zustellung der Zeitung bei Beginn des neuen Quartals vorzubeugen.

Und nun frisch ans Werk!

Redaktion und Verlag des Lübecker Volksboten.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksbote.")

Berlin, 27. März 1895.

70. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrathes: Dr. v. Bötticher, Frhr. v. Marschall, Graf Posadowky, v. Köller.

Das Haus ist gut besetzt, die Tribünen sind überfüllt.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Wahl des Präsidenten und des zweiten Vizepräsidenten an Stelle der zurückgetretenen Abgg. v. Levetzow und Dr. Bürklin.

Bei der Wahl des Präsidenten werden insgesammt 291 Stimmzettel abgegeben. Von diesen lauten 183 auf den Namen des Abgeordneten Frhrn. v. Buol-Berenberg (Z.), des bisherigen ersten Vizepräsidenten, je einer auf die Namen der Abgeordneten Frhrn. v. Heereman (Z), Sachße (K.) und Singer (SD.). 105 Zettel sind unbeschrieben. Die Verkündigung des Resultats wird bezüglich der weißen Zettel mit Beifall seitens der Rechten und der Nationalliberalen, bezüglich der Wahl des Abg. v. Buol mit Beifall seitens des Zentrums und der Linken, bezüglich der 3 zersplitterten Stimmen mit Heiterkeit begleitet.

Frhr. v. Buol: Ich nehme die Wahl mit Dank an, von der Ansicht ausgehend, daß es, je schwieriger die Verhältnisse sind, um so mehr die Pflicht des Einzelnen ist, seine, wenn auch schwachen Kräfte dem Dienst des Ganzen nicht zu entziehen. (Beifall im Zentrum und links.) Für mich ist die Schwierigkeit um so größer, als der Mann, der vor mir den Stuhl des Präsidenten eingenommen hat, eine lange Reihe von Jahren hindurch in ungewöhnlichem Maße die ungetheilte Anerkennung und Beliebtheit genossen hat. (Beifall.) Ich werde thun, was in meinen Kräften steht und bitte alle Seiten des Hauses um freundliche Unterstützung und Nachsicht. (Beifall im Zentrum und links.)

Richter (FVp.): Da durch diese Wahl die Stelle des ersten Vizepräsidenten auch erledigt ist, muß das Haus auch zur Neuwahl eines ersten Vizepräsidenten schreiten. (Rufe rechts: Steht nicht auf der Tagesordnung.) Diese Wahl steht heute nicht auf der Tagesordnung. Ich beantrage daher, um beide Wahlen gleichzeitig vornehmen zu können, die Wahl des zweiten Vizepräsidenten für heute von der Tagesordnung abzusetzen.

Rickert (FVg.): Falls Niemand wiederspricht, können wir beide Wahlen auch gleich heute vornehmen. Ich beantrage dies hiermit.

Auf die Frage des Präsidenten Frhrn. v. Buol erfolgt ein Widerspruch gegen den Antrag Rickert nicht, das Haus nimmt daher sofort die Wahl des ersten Vizepräsidenten vor.

Bei dieser werden 286 Stimmzettel abgegeben. Von diesen lauten 181 auf den Namen des Abg. Schmidt-Elberfeld (FVp.), je einer auf die Abgg. Singer und Dr. Schönlank (SD.). 103 Stimmzettel sind unbeschrieben.

Schmidt-Elberfeld erklärt: Ich nehme die Wahl dankend an. (Beifall links und im Zentrum.)

Es folgt die Wahl des zweiten Vizepräsidenten. Bei derselben werden 281 Stimmzettel abgegeben, von denen 176 auf den Namen des Abg. Spahn (Z.) lauten, je einer auf die Abgg. Frhr. v. Heereman (Z.), Dr. Schönlank (SD.) und Wurm (SD.), sowie zwei Stimmen auf den Abg. Ahlwardt. (Heiterkeit.) — 100 Zettel waren unbeschrieben.

Spahn (Z.) erklärt: Ich nehme die auf mich gefallene Wahl mit Dank an. (Beifall links und im Zentrum.)

Graf Hompesch (Z., zur Geschäftsordnung): Zu den eben vorgenommenen Wahlen möchte ich eins bemerken: Nachdem die verschiedenen Parteien, welche nach altem parlamentarischen Gebrauch bei den Wahlen zu berücksichtigen gewesen wären, auf eine Anfrage hin erklärt haben, daß sie eine Stelle im Präsidium nicht beanspruchen, sind wir veranlaßt gewesen, von dem alten parlamentarischen Gebrauch abzugehen.

Damit ist das neue Präsidium konstituirt

Der Gesetzentwurf, betreffend die Vornahme einer Berufs- und Gewerbezählung im Jahre 1895, mit den von der Kommission zur zweite Lesung vorgeschlagenen Resolutionen, betr. die Fragestellung bei der Aufnahme der Statistik, wird darauf in dritter Lesung ohne Diskussion unverändert angenommen.

Es folgen Berichte der Wahlprüfungs-Kommission.

Die Wahl des Abg. Will (K.), 1. Köslin, beantragt die Kommission für gültig zu erklären.

Rickert beantragt Zurückverweisung des Berichtes an die Wahlprüfungskommission zur nochmaligen Prüfung. Nach den Aussagen der Protesterheber und Zeugen liege hier eine Beeinflussung der Wähler durch den Wahlvorsteher vor, und in solchen Fällen habe der Reichstag bisher die Wahlen stets für ungültig erklärt.

Herbert (SD.) unterstützt den Antrag des Abg. Rickert, da nach den vorgekommenen Verstößen dem Abg. Will so viele Stimmen abzurechnen sein würden, daß er eine Mehrheit nicht mehr gehabt hätte.

Dr. Stephan-Beuthen (Z.) bemerkt, einzelne Verstöße, die bei dieser Wahl vorgekommen seien, wie die Vereinigung der Funktionen des Wahlvorstehers und des Protollführers in einer Person, würden schon genügen, um die Kassation der Wahl auszusprechen, soweit der betreffenden Ort in Frage kommt. Das habe die Kommission gethan, und sie habe immer so gehandelt. Einfach die auf den Sieger entfallenen Stimmen zu kassiren, wie es Abg. Rickerts Wunsch, sei nicht angängig; auch die Stimmen des Gegners müßten als ungültig erklärt werden. Danach bleibe aber immer noch eine Mehrheit für den Abg. Will.

Dr. v. Buchka (K.) kann nicht anerkennen, daß die vom Abg. Rickert erwähnten Verstöße von genügender Bedeutung seien, um eine nochmalige Untersuchung zu rechtfertigen.

Lenzmann (FVp.) hält im Gegentheil die durch die Untersuchung festgestellten Verstöße für so schwere, daß sich die sofortige Ungültigkeitserklärung rechtfertige. Er beantrage die Ungültigkeitserklärung daher hiermit. Es sei erwiesen, daß ein Wahlvorsteher für fast die ganze Dauer des Wahlakts seine Funktionen dem Protokollführer übertragen habe; es sei ferner erwiesen, daß zahlreiche Wahlbeeinflussungen vorgenommen sind, auch solche durch einen Wahlvorsteher.

Dr. Barth (FVg.) ist auch der Meinung, daß die vom Vorredner gerügten Verstöße genügen würden, um eine Ungültigkeitserklärung auszusprechen.

Spahn (Z.) erklärt sich für den Kommissionsbeschluß, da die Kommission die gerügten Verstöße bereits anerkannt und die bei gesetzwidriger Zusammensetzung des Wahlvorstandes abgegebenen Stimmen von der Mehrheit bereits abgezogen habe.

Damit schließt die Diskussion. Unter Ablehnung der Anträge Rickert und Lenzmann wird darauf der Antrag der Kommission angenommen.

Ohne Diskussion werden für gültig erklärt die Wahlen der Abgg. Graf Schwerin-Loewitz (K. — 1. Stettin), Boltz (NL. — 5. Trier), Jorns (NL. — 11. Hannover.)

Zu den Wahlen der Abgg. Haake (NP. — 4. Frankfurt) und v. Kleist-Retzow (K. — 4. Köslin) werden Resolutionen angenommen, um vorgekommene Unregelmäßigkeiten für die Zukunft zu verhüten.

Für gültig werden ferner debattelos erklärt die Wahlen der Abgg. Graf v. Holstein (K. — 9. Schlesw.-Holstein, Dolster (NL. — 1. Arnsberg), Colbus (Els. — 12. Elsaß-Lothringen), Frhr v. Manteuffel (K. — 10. Frankfurt), Frhr. Saurma v. d. Jeltsch (K. — 4. Breslau), Wiesicke (NL. — 8. Potsdam), Meyer-Danzig (NP. — 2. Danzig), Deuringer (Z. — 1. Schwaben) und Dr. Freiherr v. Langen (K. — 1. Stralsund).

Die Wahlen der Abgg. v. Kardorff (NP. — 3. Breslau) und Hüpeden (K. — 2. Kassel) werden beanstandet.

Die Wahl der Abg. v. Gerlach (K., 3. Köslin) beantragt die Kommission auf Grund der in Verfolg der bei der früheren Beanstandung der Wahl beschlossenen Resolution angestellten Beweiserhebungen für ungültig zu erklären.

Frhr. v. Hammerstein (K.) hält das Ergebniß der Untersuchung durchaus nicht für ausreichend, um die Ungültigkeit auszusprechen. Vor Allem seien keine amtlichen Wahlbeeinflussungen zu Gunsten des Herrn v. Gerlach nachgewiesen. Er beantrage daher, den Bericht an die Wahlprüfungs-Kommission zurück zu verweisen.

Herbert (SD.) bittet, es bei dem Kommissionsantrage zu belassen, da nachweislich äußerst grobe Wahlbeeinflussungen vorgekommen seien.

Damit schließt die Diskussion. — Die Wahl wird, entsprechend dem Kommissionsantrage, für ungültig erklärt.

Die Tagesordnung ist damit erschöpft.

Nächste Sitzung: Donnerstag, 12 Uhr. (Antrag auf Abänderung des Gesetzes über die einheitliche Zeitbestimmung. Dritte Lesung des Etats.)

Schluß 5½ Uhr

Die Kommission zur Berathung der Umsturzvorlage

trat heute nach längerer Pause zur zweiten Lesung der Novelle zusammen.

Abg. Lenzmann (FVp.) stellte zunächst den am Schlusse der ersten Lesung angekündigten Antrag, auf die zweite Berathung zu verzichten und die Vorlage im Ganzen abzulehnen.

Staatssekretär Nieberding verwahrt die Regierung gegen die Annahme, daß sie der Vorlage keine ernste Bedeutung mehr beimesse. Nach ihrer Ansicht sei die Bedeutung der Vorlage eine viel größere, als diejenige, welche der Novelle zum Strafgesetze innewohne.

Dr. Lieber (Z.) tritt gleichfalls für eine zweite Lesung der Vorlage ein. Nehme man von dieser Abstand, dann würde es im Plenum den Eindruck machen, als ob die Kommission derselben schon jede Hoffnung aufgegeben habe, überhaupt etwas zu Stande zu bringen.

Dr. Enneccerus (NL.) ist ebenfalls für die Fortsetzung der Berathung. Allerdings erscheine es auch ihm wenig wahrscheinlich, daß es nach den Beschlüssen der ersten Lesung zu Stande käme. Von den vorliegenden Anträgen des Zentrums seien viele für ihn und seine Freunde unannehmbar, so daß er keine großen Hoffnungen hegen könne. Doch müsse er aus materiellen und politischen Gründen auf der Weiterberathung bestehen.

v. Hammerstein (K.) ist aus den gleichen Gründen für Ablehnung des Antrages Lenzmann.

Dr. Barth (FVg.) schlägt vor, zunächst dem Plenum Bericht zu erstatten, ohne in die zweite Lesung der Vorlage einzutreten.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Lenzmann mit allen gegen die 7 Stimmen der Freisinnigen, Sozialdemokraten und Antisemiten abgelehnt.

Sodann begründet Spahn (Z.) den zu dem neu eingefügten § 49b der Vorlage gestellten Abänderungsantrag. Während der Paragraph nach den Beschlüssen der ersten Lesung bestimmt: „Der Thäter bleibt straflos, wenn er zu einer Zeit, zu welcher seine Theilnahme noch nicht entdeckt war, entweder die Ausführung des Verbrechens verhindert oder dessen Verhütung durch Anzeige bei der Behörde ermöglicht," beantragt das Zentrum, diesem Absatze folgende Fassung zu geben: „Der Thäter bleibt straflos, wenn er zu einer Zeit, zu welcher seine Theilnahme noch nicht entdeckt war, die Ausführung des Verbrechens verhindert."

Spahn empfiehlt diese Abänderung, um dadurch Mißbräuchen oder Denunziationen vorzubeugen.

Dr. Enneccerus ist der Ansicht, daß auch bei der jetzt beantragten Fassung ein solcher Mißbrauch nicht ausgeschlossen sei, denn es könne doch Jemand durch Anzeige die Ausführung des Verbrechens verhindern wollen. Andererseits sei es aber bedenklich, daß auch das nicht ausgeführte Verbrechen bestraft werden solle.

Bebel (S): Der Antrag des Zentrums bedeute zwar allerdings eine kleine Verbesserung gegenüber der früheren Fassung, sei aber doch nicht ganz einwandfrei. Er und seine Parteifreunde würden daher auch geschlossen gegen diese Fassung stimmen.

v. Buchka (K.) ist für Beibehaltung der in der ersten Lesung beschlossenen Fassung des § 49b, mit Abänderung des fraglichen Absatzes nach dem Vorschlage des Zentrums.

Dr. Enneccerus führt nochmals aus, daß ohne diesen Schlußsatz der Paragraph völlig unannehmbar sei.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Zentrums einstimmig angenommen.

Die Freisinnigen und Sozialdemokraten behielten sich ihre Schlußabstimmung vor.

Der so gestaltete § 49b gelangte sodann mit 18 Stimmen zur Annahme.

Zur Debatte gelangt nunmehr § 111, welcher nach den Beschlüssen der ersten Lesung folgende Fassung erhielt:

„Wer auf die im § 110 bezeichnete Weise zur Begehung einer strafbaren Handlung auffordert, ist gleich dem Anstifter zu bestrafen, wenn die Aufforderung die strafbare Handlung oder einen strafbaren Versuch derselben zur Folge gehabt hat. Die Strafe darf jedoch, der Art oder dem Maße nach, keine schwerere sein, als die auf die Handlung selbst angedrohte."

Hierzu beantragt das Zentrum für den zweiten Absatz des Paragraphen folgende Fassung:

„Ist die Aufforderung ohne Erfolg geblieben, so tritt Geldstrafe bis zu 600 Mark oder Gefängnißstrafe bis zu einem Jahr und, sofern es sich um die Aufforderung zu einem Verbrechen handelt, Gefängnißstrafe bis zu 3 Jahren oder Geldstrafe bis zu 2000 Mark ein. Gleiche Strafe trifft Denjenigen, welcher auf die vorbezeichnete Weise zu einem Verbrechen, zum Ehebruch oder zu einem der in den §§ 115, 124, 125, 166, 167, 240, 242, 305, 317, 321 vorgesehenen Vergehen dadurch anreizt, daß er eine solche Handlung anpreist oder rechtfertigt. Die Strafe darf der Art oder dem Maße nach keine schwerere sein, als die auf die Handlung selbst angedrohte."

Dieser Fassung entsprechend hätte dann auch der ganze § 111 a zu entfallen.

Der erste Absatz des so gestalteten § 111 wird ohne Debatte mit 20 Stimmen angenommen.

In der Debatte über den Absatz 2 des Zentrumsantrages hebt Lenzmann hervor, daß das Zentrum seinen ethischen Standpunkt in der Duellfrage aufgegeben habe.

Spahn widerspricht dem; das Zentrum habe sich lediglich der Erwägung der Regierungsvertreter gefügt, daß es unpraktisch sei, im § 111 Bezug zu nehmen auf die Duellparagraphen des Strafgesetzbuches.

Staatssekretär Nieberding: Durch die vorgeschlagene neue Formulirung erfahre die Regierungsvorlage eine so erhebliche Einschränkung, daß es ihm sehr zweifelhaft erscheine, ob die verbündeten Regierungen auf ein Gesetz mit solch unzureichenden Bestimmungen eingehen können. Die Regierung verlange Bestimmungen, welche geeignet sind, in wirksamer Weise gegen moralische und politische Verirrungen angewendet zu werden. Eine ähnliche Bestimmung, wie sie die Regierung jetzt vorlege, sei seiner Zeit (1851) mit Unterstützung sehr freisinniger Abgeordneter in das preußische Strafgesetzbuch hineingebracht worden. Es könne auch Niemand behaupten, daß der betreffende Paragraph mißbraucht worden sei.

Dr. Barth: In jener Zeit habe man es mit einer Periode starker Reaktion zu thun gehabt; was damals geschehen, könne jetzt nicht in Betracht kommen. Die vom Zentrum beantragte Abänderung des § 111 sei nicht nicht minder bedenklich, wie der bezügliche Vorschlag der Regierung.

Staatssekretär Nieberding: Er habe sich nicht auf das Jahr 1851 berufen, sondern auf die Stimmen freisinniger Männer wie Menzel, Bürgers, Osterrath u. A., die damals zu Gunsten des betreffenden Paragraphen laut geworden. Bei Schaffung des

Strafgesetzbuches für das deutsche Reich sei der Paragraph garnicht ernst debattirt worden.

v. Buchka erklärt Namens seiner politischen Freunde, daß der Unterschied zwischen der Fassung des Zentrums und dem Vorschlage der Regierung ihnen nicht so bedeutend erscheine, wie dem Staatssekretär. Sie seien daher geneigt, für den Aenderungsantrag zu stimmen, geben jedoch dem Zentrum anheim, ob es nicht zu Gunsten einer Verständigung mit der Regierung sich dennoch zu deren Vorschlag bequemen wolle.

Bebel (S.): Die Rückverweisung des Herrn Staatssekretärs auf die alte preußische Strafgesetzgebung sei das traurige Zeichen, daß man einen der damaligen Reaktion ähnlichen Zustand herbeiführen wolle. Werde der § 111 angenommen, so sei es mit der Preß- und Redefreiheit und jeder wissenschaftlichen Kritik historischer Ereignisse, Revolutionen 2c. vorbei. Die Preß- und Redefreiheit werde dann nur auf dem Papier bestehen und Deutschland werde als Halbbarbarenstaat vor der zivilisirten Welt dastehen. Er sei deshalb für Ablehnung sowohl des Regierungs- als des Zentrumsverschlags.

Dr. Enneccerus: Es sei selbstverständlich, daß die Merkmale des Verbrechens nicht nur vorliegen müssen, sondern auch den Betreffenden zum Bewußtsein gekommen sein müssen, damit der Paragraph Anwendung finden könne. Wer bewußt zu den in Rede stehenden Handlungen anreizt, müsse Bestrafung zu gewärtigen haben. Es müsse deshalb im § 111 heißen: Wer mit Bewußtsein anreizt, wird bestraft. Durch Einfügung des Wortes „Absicht" werde eine Beschränkung für den Richter geschaffen.

Staatssekretär Nieberding: Gerade diese Ausführungen zeigen, daß ein großer Unterschied zwischen dem Vorschlage der Regierung und dem Zentrumsantrage bestehe. Letzterer mache die praktische Handhabung des Gesetzes nahezu unmöglich. Redner wünscht zu wissen, auf Grund welcher Motive das Zentrum zu seinem Abänderungsvorschlage gelangt sei?

Dr. Rintelen (Z.) erklärt, an der Fassung des Zentrumsantrages zwar nicht betheiligt zu sein, jedoch in zweiter Lesung für denselben stimmen zu wollen. Er müsse dem Staatssekretär Nieberding Recht geben, daß ein erheblicher Unterschied zwischen diesem Antrage und dem Vorschlage der Regierung bestehe. Seine Stellung für das Plenum behalte er sich unter allen Umständen vor.

Osann (NL.) ersieht aus den bisherigen Erörterungen, wie schwer es für den Richter werden dürfte, den Sinn des Gesetzes zu treffen. Es müsse deshalb mit größter Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht werden, was man mit dem Paragraphen bezwecke. Es müsse gerechnet werden nicht mit dem Bewußtsein, sondern mit dem Willen, mit der Absicht. Dem Richter müsse ein zuverlässiger Wegweiser gegeben werden.

Vorsitzender Dr. Böttcher bedauert, daß er sich in einen Gegensatz zu seinen politischen Freunden stellen müsse. Auch er habe schwere Bedenken gegen den Regierungsvorschlag, dagegen sei ihm der Antrag des Zentrums sympathisch. Aber dennoch dürfe man sich den von dem Regierungsvertreter geäußerten Bedenken nicht verschließen. Danach erscheine es fast unmöglich, daß etwas zu Stande komme. Er werde vorläufig gegen den Zentrumsantrag und für die Fassung der Vorlage nach den Beschlüssen der ersten Lesung stimmen.

Dr. Enneccerus beharrt dabei, daß der Antrag des Zentrums dasselbe besage, wie die von der Kommission in erster Lesung beschlossene Fassung. Die Bedenken des Abg. Osann seien beachtenswerth. Er müsse sich jedoch auch jetzt wieder entschieden gegen das Wort „Absicht" erklären, dagegen sei gegen das Wort „Vorsatz" weniger einzuwenden. Das Wort „Absicht" führe zu schweren Mißverständnissen, was bei dem Worte „Bewußtsein" nicht der Fall sei. Mit dieser Aenderung dürften Regierung und Zentrum sich wohl einverstanden erklären können.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden Dr. Böttcher wird nunmehr auch der § 111a mit in die Debatte einbezogen.

Staatssekretär Nieberding erklärt, auf den Vorschlag des Abg. Dr. Enneccerus nicht eingehen zu können.

v. Buchka will nur deswegen für den Zentrumsantrag stimmen, um eine Grundlage für die zweite Lesung im Plenum zu gewinnen.

Osann stellt den Antrag, den Absatz 2 des Zentrumsantrages fallen zu lassen und in den § 111a das Wort „Absicht" einzufügen.

Dr. Enneccerus beantragt, den § 111a der Regierungsvorlage dahin abzuändern, daß die letzten Worte des Paragraphen folgendermaßen lauten: „vorgesehenen Vergehen mit dem Bewußtsein, zur Begehung solcher strafbaren Handlungen anzureizen, anpreist oder als erlaubt darstellt."

Die Abgg. Stephan und Spahn (Z.) vertheidigen den Antrag des Zentrums nochmals mit den bereits vorgebrachten Gründen; Letzterer ersucht um vorläufige Annahme des Antrages als Grundlage für eine weitere Verständigung.

Dr. Wolszlegier (P.) erklärt sich gegen den Absatz 2 des § 111 in jeder Fassung.

Wegen Beginns der Plenarsitzung wird hierauf die Fortsetzung der Berathung auf Freitag, 29. März vertagt.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Aus dem Reichstage. Nach der aufregenden Sitzung am Sonnabend ist wieder eitel Ruhe und Friedlichkeit unter die Reichstagsmitglieder eingekehrt. Die Dienstag-, wie die Mittwoch-Sitzung verliefen ohne jeden Zwischenfall. Gestern wurden die Präsidentenwahlen vollzogen. Zum Präsidenten wurde der Abg. Frhr. von Buol-Berenberg gewählt, der bisher 1. Vizepräsident war. Zum 1. Vizepräsident wurde der freisinnig-volksparteiliche Abg. Schmidt-Elberfeld, zum 2. Vizepräsident der Abg. Spahn (Z.) gewählt. Die Entrüstungspatrioten von Sonnabend gaben weiße Zettel ab, unsere Genossen hatten auf einen Präsidentensitz verzichtet wegen der damit verbundenen Repräsentationspflichten. Die Bemerkungen, mit denen der Präsident von Buol die Wahl annahm, mußten auf allen Seiten des Hauses den besten Eindruck hervorrufen. — Die Erledigung der Wahlprüfungen, die nun folgte, zeigte, daß die unerhörtesten Wahlbeeinflussungen im Köslíner Bezirk der Provinz Pommern stattgefunden haben. Die Wahl des dort gewählten Konservativen Will wurde nur aus formalen Gründen für gültig erklärt, dagegen wurde die Ungültigkeit des ebenfalls dort gewählten konservativen Abg. v. Gerlach ausgesprochen.

Der Kaiser war Dienstag auch in Friedrichsruh. Er führte dem Fürsten Bismarck einige Schwadronen Kavallerie und einige Bataillone Infanterie vor, überreichte ihm einen goldenen Pallasch und sagte dabei u. A. folgendes:

„Ew. Durchlaucht mögen im Geiste hinter dieser Schaar das gesammte kampfgerüstete Heer aller germanischen Stämme sehen. Im Anblick dieser Schaar überreiche ich Ew. Durchlaucht eine Gabe. Ich kann kein besseres Geschenk finden als ein Schwert, die vornehmste Waffe der Germanen. Das Schwert ist ein Instrument, das in der Hand von Königen und Fürsten nie versagt, wenns Noth thut auch gegen den inneren Feind.

Levetzow'sche Zukunftsmusik. Die „Köln. Zeitung" schreibt: „Für die konservative Partei, die jetzt so arm an politischen Kräften ist, bedeutet sein (Levetzow's) Verzicht auf den Vorsitz einen nicht zu unterschätzenden Zuwachs an hervorragender geistiger und rednerischer Begabung. Es wäre im Interesse aller Parteien sehr zu wünschen, daß Herr von Levetzow sich dazu verstehen möchte, sich nunmehr etwas nachdrücklicher der Parteileitung anzunehmen und die katilinarischen Gestalten (staatsgefährliche Abenteurer. Red. d. L. V.) bei Seite zu schieben, die den konservativen Fraktionskarrren so gründlich in eine Sackgasse verfahren haben." — Wir fürchten, die „katilinarischen Gestalten" werden mit Herrn v. Levetzow kurzen Prozeß machen, wenn er nicht will wie sie.

Ein neues „Angstprodukt". Ein Berliner Bismarckblatt schreibt:

„Der achtzigste Geburtstag des Fürsten Bismarck wird für Deutschland nicht nur der Tag einer großen nationalen Weihe (!), sondern auch der Markstein sein, an welchem die Geschicke des Vaterlandes sich endlich wieder zum Besseren wenden. Wenn die Regierung mit starker und entschlossener Hand die nationalen Zeichen aufpflanzt, wird wie im Jahre 1887 die Mehrheit der Wähler sich um dieses Banner schaaren."

1887 war bekanntlich das Jahr des „Angstprodukts". Daß das Bismarck-Parteimanöver auf eine neue Kartellherrlichkeit abzielt, ist wohl nicht allzu schwer zu ersehen. Also Achtung!

Die Marine „an der Arbeit." In dem Organ Bismarcks, den „Hamburger Nachrichten", erschien gerade am Geburtstag des verstorbenen Kaisers Wilhelm eine Ausführung, in welcher es bei Besprechung des mit dem Anrufen des Papstes entschiedenen Streites mit Spanien über die Carolien-Inseln wörtlich wie folgt heißt:

„Für Kaiser Wilhelm I. würde es nicht unerwünscht gewesen sein, seine Marine an der Arbeit zu sehen, und er würde ohne Zweifel den Befehl hierzu ertheilt haben, wenn ihm die Ehrenfrage im Konflikt mit Spanien irgendwie in einem scharfen Lichte dargestellt worden wäre."

Wie verträgt sich nun diese Behauptung mit der Friedensliebe, die dem verstorbenen Kaiser in den seiner Regierung freundlichen Blättern so oft nachgerühmt wurde?

Preisfrage. Der „Vorwärts" stellt folgende Preisfrage an die „Patrioten": Eine Schmach und Schande sonder gleichen soll es sein, daß die Majorität des Reichstages sich geweigert hat, dem Alt-Reichskanzler, als Mitbegründer des Reiches zu seinem achtzigsten Geburtstag zu gratuliren. Wollen uns die „Entrüsteten" nun nicht die Frage beantworten, wie sie über die Thatsache denken, daß in dem allerdings schon vor mehreren Jahren hergestellten Entwurfe für das National-Denkmal Kaiser Wilhelms I. von Begas, welcher Entwurf bekanntlich ausgeführt werden soll, weder die Statue Bismarcks selbst, noch irgend ein Hinweis auf ihn Platz gefunden hat? Ist es schon ein so großes Verbrechen, Bismarck nicht zu gratuliren, wie denken dann die Entrüsteten über die Vergeßlichkeit am Nationaldenkmal. U. A. w. g.

Als Repräsentanten des deutschen Volkes möchten sich unsere Bismarckpatrioten gar zu gern aufspielen und den Parteien, welche die Mehrheit gegen eine Betheiligung am Bismarckrummel gestellt haben, das Recht absprechen, im Namen des Volkes ihrer Meinung Ausdruck zu verleihen. Da hülft aber kein Drehen und Wenden. Diese antibismärckischen Parteien repräsentiren die überwiegende Mehrheit des Volkes. Bei den Wahlen 1893 erhielten

Sozialdemokraten	1 786 738	Stimmen.
Zentrum	1 468 501	„
Freisinnige Volkspartei	666 439	„
Süddeutsche Volkspartei	166 757	„
Welfen, Polen, Dänen u. Elsässer	460 406	„
zusammen	4 548 841	Stimmen.

Dagegen erhielten von den Bismarckparteien:

Konservative	1 038 353	Stimmen.
Reichspartei	438 435	„
Nationalliberale	996 980	„
Freisinnige Vereinigung	258 481	„
Antisemiten	263 861	„
zusammen	2 996 110	Stimmen.

Die erstgenannten Parteien haben also über $1\frac{1}{2}$ Mill. Stimmen mehr erhalten als die jetzigen Bismarck-Schwärmer. Der Letzteren Versuch, sich als Vertreter der Nation hinzustellen, verfällt damit dem Fluch der Lächerlichkeit.

Zur rechten Zeit bringt eines der bismarckbegeisterten Blätter, der „Hann. Courier", auch noch das Eingeständniß, was es mit den Stimmen der „nationalen" Parteien auf sich hat. Das Blatt zitirt zustimmend eine Schrift des Regierungsraths von Massow, welche die „Reform des Parteilebens" behandelt. Und da sagt der „H. C." diesbezüglich:

„Abgesehen von den Sozialdemokraten und dem Zentrum, kann man in der That bei uns von wirklich organisirten Parteien kaum reden, und was man Parteileitung nennt, ist vielfach eine Leitung ohne Partei, ein Generalstab ohne Truppe."

Und diese „Leitungen ohne Partei", diese „Generalstäbe ohne Truppen" beanspruchen noch, ernst genommen zu werden, wenn es ihnen gefällt, sich als Vertreter der Gedanken und Gefühle des Volkes zu geriren! — Wer lacht da nicht!

Ein kartellistisches Eingeständniß. Die nationalliberale „Straßb. Post", die sich im Uebrigen baß entrüstet über den Sonnabendbeschluß des Reichstages, ist gleichwohl offen genug, zu schreiben:

„Nun wissen wir sehr wohl, daß die Mehrheit sich darauf stützt, daß die Verhandlungen im Seniorenkonvent in einer Weise geführt worden seien, die ihnen keine andere Wahl gelassen hätte. Man habe dort die Sache von konservativer Seite so zugespitzt, daß eine auch nur schweigende Billigung als das Durchschreiten eines kaudinischen Joches erschienen wäre und darauf hätten sie sich nicht einlassen können aus Rücksicht auf ihre eigene Würde. Soweit wir über die Verhandlungen des Seniorenkonvents unterrichtet sind, haben es die Konservativen ihren Gegnern allerdings nicht leicht gemacht, sich an der Huldigung zu betheiligen, und bei einzelnen der konservativen Wortführer kann man ruhig annehmen, daß sie die Ablehnung entschieden wünschten, weil sie dann hofften, daß sie daraus für ihre politischen Sonderzwecke Vortheil ziehen würden."

Sollte dieser Wunsch nur bei den Konservativen bestanden haben? Mindestens doch ebenso hitzig, wie diese, haben sich die Nationalliberalen für die „Ehrung" ins Zeug gelegt, die Zeit ihres Lebens gern im Trüben gefischt haben. — Gleiche Brüder, gleiche Kappen!

Der wesentliche Inhalt des Börsengesetzentwurfs, zerfällt nach Berliner Blättern in zwei Theile: 1. ein besonderes Börsengesetz und 2. eine Ergänzung und Revision der Vorschriften des Handelsgesetzbuches. Zerlegt ist der ganze Entwurf im Anschlusse an den Bericht der Börsenenquete-Kommission in 5 Abtheilungen, von denen die erste sich mit der rechtlichen Stellung, Organisation und Beaufsichtigung der Börse, die zweite mit dem Emissionswesen, der Zulassung von Papieren zum Handel und zur Notierung, die dritte mit dem Terminhandel, die vierte mit dem Maklerwesen und der Kursaufstellung und die fünfte mit den Kommissionsgeschäften befaßt. In den Bestimmungen über den Terminhandel ist zunächst die gewinnsüchtige Verleitung einer Privatperson zu Börsengeschäften in unverhältnißmäßiger Höhe unter Benutzung des Leichtsinnes und der Unerfahrenheit unter Strafe gestellt und das daraufhin eingegangene Geschäft für klaglos erklärt. Bezüglich des Börsenregisters schreibt der Entwurf vor, daß nur die zwischen registrierten Börsenhändlern eingegangenen Geschäfte als börsenmäßig abgeschlossen gelten und bei diesen daher die Einrede des Differenzspiels ausgeschlossen ist. — Die Vorlage wird, wenn sie Gesetz wird, einige der faulsten „Auswüchse" des Börsenspiels abschneiden. Der Kern, der aus der ganzen kapitalistischen Ausbeutungswirthschaft erwächst, bleibt unverändert, und schließlich werden neue Wege der Umgehung ausfindig gemacht werden. Soweit das Gesetz wirkt, wird es das Börsengeschäft in den Händen des „soliden" Großkapitals konzentrieren helfen. Das ist nicht schlimm, jedenfalls aber kein Beitrag zur „Erhaltung des Mittelstandes.

Sparsamkeit. Die „Kreuzzeitung" nennt in einem aus sachkundiger Quelle stammenden Artikel: Zur Kollisionsgefahr im Kanal als Grund der häufigen Schiffszusammenstöße englischer Kohlendampfer neben der häufigen Trunkenheit der Mannschaft „die Thatsache, daß die meisten dieser Kohlendampfer entweder gar keinen oder doch nur einen mangelhaften Ausguck halten können, weil sie fast durchweg nicht genügend bemannt sind. Diesem Mangel kann und sollte Abhülfe geschafft werden! Es sollte verfügt werden, daß jedes Schiff eine dem Tonnengehalt entsprechende Bemannung an Bord führt." Ja, wenn der liebe Profit nicht hier wie überall aufs Lohnsparen hinwiese, geschähe es auch auf Kosten zahlloser Menschenleben.

Ausländische Stimmen über den Bismarckskandal. Unser Bruderblatt, die „Petite Republique" in Paris schreibt:

Was uns anbetrifft, so finden wir mit Freude, daß von der Bewunderung der Macht dieses große Deutschland zurückgekommen ist, das Deutschland der Denker, der Gelehrten und der Apostel, das wir zu achten gelernt hatten, und das wir fortfahren zu lieben trotz des hereingebrochenen tiefen Risses von 1870.

Diese Kundgebung zeigt es uns so, wie wir es wollten für sich selbst und für Europa.

Wir wissen aber von nun an, was wir den Verlästerern des internationalen Sozialismus zu sagen haben. Wir werden sie an die Abstimmung erinnern und ihnen sagen: Deutschland hat aufgehört, die Kaserne und die Kasematte zu sein, die ihr den Unwissenden vormaltet. . . . . Es ist eine Nation, die wie Frankreich ein Gewissen und ein Herz hat und die den rechten Abstand zu wahren weiß zwischen den bösen Geistern, die der Menschheit den letzten Blutstropfen abzapfen, und den Männern von redlichem Willen, die auf ihre Befreiung und ihren Frieden hinarbeiten.

Diese prächtige Kundgebung — das Urtheil über das Eingreifen des Kaisers wiederzugeben, gestattet die deutsche Preßfreiheit nicht — zeigt wieder einmal deutlich, wo die Freunde des Weltfriedens zu suchen sind. Der Beschluß des Reichstags hat den Chauvinismus auf beiden Seiten des Rheins geschlagen.

Das italienische Blatt „Don Chisciotte", ein bürgerliches Organ, beschuldigt die italienisch Offiziösen, daß sie sich künstlich über den letzten Reichstags-Beschluß erhitzen, um einen neuen Vorwand für den Kampf gegen den Parlamentarismus überhaupt zu haben. Ueber den Reichstags-Beschluß selbst sagt das Blatt: „Für mich ist die Majorität des Reichstages sehr achtungswerth. Sie weiß, daß sie lediglich ein politisches Mandat hat, daß daher jeder ihrer Akte eine politische Bedeutung haben muß. Heuchelei, Sentimentalität und Achtung vor traditionellen Höflichkeitsformeln können nicht die Ueberzeugung ändern, die vom wahren vaterländischen Interesse beeinflußt ist. Bismarck war der Minister, der am meisten die Hand gegen das Parlament erhoben hat, und das Parlament hat mit seiner Erklärung eine Antwort gegeben, die würdig und logisch ist und eine gerechte Vergeltung der parlamentarischen Vorrechte gegen ihren mächtigsten Zerstörer darstellt. Die parlamentarischen Institutionen sind, weil das Recht auf ihrer Seite steht, immer noch stärker als alle Kanzler dieser Welt." Auch der „Diritto" bemerkt, eine Huldigung des Reichstags für Bismarck hätte die Würde des ersteren verletzt; der Reichstag habe sich erinnert, wie Bismarck die Gesetzgeber persönlich und als Gesammtheit behandelt und wie er das öffentliche Recht verletzt habe; deßhalb habe er die Einladung zur Gratulation abgelehnt.

Die gesundheitswidrigen Zustände in den Bäckereien beginnen auch den „besseren" Kreisen aufzustoßen, und das ist kein Fehler. Die „Münchener Post" entnimmt dem Regensburger „Anzeiger" Folgendes: „Die vor einiger Zeit gebrachte Meldung, daß bei einem hiesigen Bäcker unter den Gehülfen die Krätze ausgebrochen sei, wurde im Publikum viel besprochen. Leider sehen wir uns veranlaßt, dieses unerquickliche Thema abermals zu berühren. Während vor einiger Zeit nur der eine damals gemeldete Fall des Krätze-Ausbruchs bei einem Bäcker bekannt geworden war, förderte die jüngste Militärmusterung die Thatsache zu Tage, daß der beregte Uebelstand in den Geschäften mehrerer hiesiger Bäcker besteht, denn es wurde bei der betreffenden Visitation konstatirt, daß von den zur Untersuchung gelangten Bäckergehülfen mehrere mit der erwähnten Hautkrankheit behaftet sind, so daß der bei der Musterungskommission anwesende Herr Oberstlieutenant sich an den Zivilvorsitzenden der Kommission wendete mit dem Bemerken: „Da möchte ich den Herrn Rechtsrath denn doch bitten, daß in der Sache etwas geschieht." Als dann ein Gehülfe gefragt wurde, in welcher Bäckerei er sich befinde und derselbe diese Frage beantwortet hatte, äußerte sich der Herr Oberstlieutenant weiter: „Dann macht der . . . . vielleicht mein Kaffeebrod". Das Blatt muß weiter konstatiren, daß die Zustände in manchen Bäckerwerk-, Wohn- und Schlafstätten haarsträubende sind in Bezug auf Reinlichkeit. Da kommt es vor, daß der Backtrog als Waschschüssel dient, daß zur Bäckerei verwendete Tücher als Handtücher benutzt werden, daß Burschen auf dem Getreideboden schlafen, woselbst der Staub sich in den Betten legt, oder angekleidet auf Pritschen u. s. w. Als die organisirten Arbeiter seiner Zeit diese Mißstände zur Sprachen brachten, hieß es: „sozialdemokratische Verhetzung". Jetzt, da ein Oberstlieutenant die Folgen der Mißstände verspürt, schlägt die Ordnungspresse selbst los. — Wenn das Kind des Bürgermeisters hineingefallen ist, wird der Brunnen zugedeckt.

Altenburg. Bei der Landtagswahl im dritten Wahlbezirke erhielt Reim (Soz.) 563, Helbig (Bauernbund) 149 Stimmen. Die noch ausstehenden Ortschaften können an dem Sieg unseres Kandidaten nichts ändern. Bei der vorigen Wahl erhielt unser Kandidat 256, Helbig über 400 Stimmen.

Frankreich.

Die Arbeiter der Zündholzfabriken, die eine Lohnerhöhung von 7 pCt. erhalten haben, wollen den Ausstand weiter fortsetzen, wenn ihnen nicht 15 pCt. Erhöhung zugestanden wird.

Lübeck und Umgegend.

28. März.

Die Verordnung, betreffend die Erhebung eines Zuschlages zur Einkommensteuer im 1. Vierteljahr des Rechnungsjahres 1895|96, veröffentlicht der Senat. Die Verordnung lautet:

Von allen nach dem Gesetze vom 27. Mai 1889, betreffend die Einkommensteuer, steuerpflichtigen Einkommen von über zwölfhundert Mark ist für den ersten Vierteljahrstermin des Rechnungsjahres 1895|96 ein Zuschlag zur Einkommensteuer von einem Viertel zu entrichten.

Die Steuerbehörde wird mit der Wahrnehmung des Erforderlichen beauftragt.

Noch ist nicht alles in Lübeck verbismarckt. Wir finden in den „Lüb. Nachr." folgendes Eingesandt:

„Der Festausschuß des Komitees für die Bismarckfeier am 1. April hatte die hiesige Handelskammer aufgefordert, sich an der Feier zu betheiligen. Dem Vernehmen nach hat die Handelskammer die Einladung abgelehnt. Die Handelskammer ist ja auch eine politische Vereinigung nicht. Es wäre vielleicht besser gewesen, wenn die Einladung nicht erfolgt wäre.

Das unter dem Fürsten Bismarck eingeführte Schutzzollsystem hat auch dem lübeckischen Handel Wunden geschlagen, die hier und da vielleicht noch nicht vergessen sind. Aber das Alles kann erst in letzter Linie in Betracht kommen, gegenüber der Hauptsache und die ist: Unsere Handeskammer ist kein politischer Verein." ×

Uns klingt das Eingesandt geradezu wie eine lendenlahme Entschuldigung für den ablehnenden Beschluß der Handelskammer, denn wenn als Hauptgrund für die Ablehnung angegeben wird: „die Handelskammer sei kein politischer Verein", so vermögen wir denselben durchaus nicht als stichhaltig anzuerkennen. Sind etwa Stammtische, Schulen, Gewerke politische Vereine? Nein und dreimal nein! Und doch wollen sie sich an der Bismarckfeier betheiligen. Nein, Hand aufs Herz! Hier muß gepfiffen werden: Die Handelskammer hat abgelehnt, weil die überwiegende Zahl ihrer Mitglieder sich — gottlob! — noch bewußt ist, daß die verfehlte Wirthschaftspolitik Bismarcks Lübeck und seinem Handel unheilvolle und unheilbare Wunden geschlagen hat. Ist's nicht so? U. A. w. g.

Die neu geschaffene Synode der evangelisch-lutherischen Kirche des Lübeckischen Staates trat am Dienstag auf Berufung des Kirchenrathes zum ersten Male in der Kriegsstube des Rathhauses zusammen. Die Versammlung wurde durch ein von dem Senior Ranke gesprochenes Gebet eingeleitet. Alsdann gab der Vorsitzende des Kirchenrathes, Senator Dr. Plessing, einen Rückblick auf die Entwickelung der hiesigen Kirchenverfassung seit der Reformation, beleuchtete die Grundgedanken der mit Beginn dieses Jahres in Geltung getretenen Verfassung und erklärte zum Schlusse die Synode für eröffnet. Sodann wurde Rechtsanwalt Dr. Fehling zum Vorsitzenden, Hauptpastor Trummer zu dessen Stellvertreter, Amtsrichter Dr. Leverkühn zum Schriftführer gewählt. Der zur Berathung stehende Entwurf eines Kirchengesetzes, betr. die Versetzung von Geistlichen in den Ruhestand, wurde einer Kommission von fünf Mitgliedern überwiesen und das Budget der Allgemeinen Kirchenkasse für 1895/96 genehmigt.

Zwecks Vergrößerung des hiesigen Schießplatzes trafen gestern ein Offizier vom Generalstab in Berlin und zwei Intendanturbeamte hier ein. Dieselben haben gestern den jetzigen Schießplatz besichtigt.

Von der alten Stadtmauer ist in der Nacht zum Mittwoch zwischen Weber- und Stavenstraße ein Theil nach der Wasserseite eingestürzt.

Stadttheater. Das Ehepaar Sommerstorff hat sich zu einem nochmaligen Gastspiel bewegen lassen. Es tritt am Sonnabend in Goethes „Geschwister", sowie Philippi's „Wohlthäter der Menschheit" auf. In dem letzten Stück wird Otto Sommerstorff den Martius, und Teresina Sommerstorff die Katharina spielen. Auf vielseitiges Verlangen wird Sonntag Nachmittag Humperdincks „Häusel und Gretel" gegeben. Zu dieser Vorstellung haben zwei Kinder auf ein Billet Zutritt. Wir wollen wünschen, daß recht Viele von diesem Rechte Gebrauch machen.

Lotterieschwindler. Bekanntlich hatte kürzlich ein junger Mann einer Israeldorferin Scheine der Brüsseler Zentralbank als Loose der noch nicht geborenen Lübecker Lotterie verkauft. In dem Schwindler ist jetzt ein Musiker aus Gera, der sich hier einige Tage aufgehalten hat, ermittelt worden.

Raffinirt ist ein Hamburger Schwindler zu Werke gegangen. Er telegraphirte an den Werkführer eines hiesigen Holzgeschäfts um 30 Mk., die sofort telegraphisch übersendet werden sollten. Unterzeichnet war das Telegramm mit „Louis Thomas". Da der Werkführer einen Schwager gleichen Namens hat, so nahm er an, daß dieser sich in arger Geldklemme befinde, und er übermittelte statt 30, gleich 80 Mk. telegraphisch. Als keine Nachricht vom Schwager über den Empfang des Geldes eintraf, telegraphirt. er an den Schwager, und nun stellte sich heraus, daß ein Schwindler mit dem Namen Mißbrauch getrieben hatte.

Unfall. Bei dem Transport einer Sophalehne in die „Vorstädtische Bierhalle", Cronsforder Allee, verunglückte gestern Morgen der Arbeiter Wilms. Er wurde von einem Straßenbahnwagen überfahren. Der Verunglückte will das Klingeln des Bahnwagens nicht gehört haben. Die Verwundung scheint nicht allzu leichter Natur zu sein, denn Wilms wurde nach dem allgemeinen Krankenhause gebracht. Die eingeleitete Untersuchung dürfte den Unfall klären.

Gefundene Leiche. Dienstag Morgen wurde in der Wakenitz in der Nähe der Falkenfähre von Fischern eine weibliche unbekannte Leiche gefunden. Dieselbe war bekleidet mit dunklem Jacket, brauner Jacke, dunklem Kleide, trug ein braunwolles altes Kopftuch, eine Granatbrosche mit Goldeinfassung und goldene Ohrringe. Das Hemd ist M. H. gezeichnet, ebenso ist ein bei der Leiche vorgefundenes weißes Taschentuch mit roter Kante M. H. gezeichnet. Das Alter der Todten kann ungefähr 30 bis 40 Jahre sein. Die Leiche wurde nach dem Marstall befördert.

Schöffengericht. Sitzung vom 26. März. Wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung hatten sich die beiden Lehrlinge Dr. und E. zu verantworten. Beide waren in ein Haus in der geraden Querstraße eingedrungen und hatten hier den Sohn des Hausbesitzers mißhandelt. Der Aufforderung, das Haus zu verlassen, leisteten sie nicht Folge. Der hinzu kommende Küfer K. versetzte der Frau des Hauswirthes einen Schlag ins Gesicht. H. wurde wegen Körperletzung in eine Geldstrafe von 20 Mk. event. 5 Tage Gefängniß verurtheilt. Dr. und E. werden wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung in eine Geldstrafe von je 20 Mk. und wegen Hausfriedensbruches zu einer Woche Gefängniß verurtheilt. — Desselben Vergehens, ausschließlich des Hausfriedensbruches, haben sich der Kellner H. und der Kaufmann K. schuldig gemacht. Beide Angeklagte haben den Eisenbahnbeamten O., mit welchem sie auch vorher in einer Wirthschaft vor dem Burgthore befanden, körperlich mißhandelten. Die Angeklagten wurden ebenfalls in eine Geldstrafe von 20 Mk. event. 5 Tage Gefängniß verurtheilt. — Eine Scheere und ein Paar Kinderschuhe hat sich die Dienstmagd H. im Hause ihrer Herrschaft angeeignet. Sie wurde wegen dieses Diebstahls zu 2 Tagen Gefängniß verurtheilt. — In roher Weise hat der Schlachtergeselle Ba. den Schlachtergesellen B. körperlich mißhandelt. Der Angeklagte brachte seinen Kollegen, mit welchem er in Wortwechsel gerathen war, mit seinem Schlachtermesser zwei gefährliche Wunden bei. Er wollte sinnlos betrunken gewesen sein. In Rücksicht auf seine vielen Vorstrafen wurde er zu 4 Monaten Gefängniß verurtheilt. — Pferdefleisch hat der Schlachter R. auf zwei verschiedenen Stellen für Ochsenfleisch verkauft. Weil der Angeklagte schon wegen ähnlicher Vergehen vorbestraft ist, wurde er zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt.

Travemünde. Erlaß einer Kurtaxe für den Badeort Travemünde. Die Kommission, welcher der vom Senate vorgelegte Entwurf einer Verordnung, betr. eine Kurtaxe in Travemünde am 11. Juni 1894 von der Bürgerschaft zur Vorberathung überwiesen wurde, hat nunmehr schriftlichen Bericht erstattet. Sie empfielt, nach den „L. A.", der Bürgerschaft: 1. Den Antrag des Senates abzulehnen; 2. den Senat zu ersuchen, das Stadt- und Landamt zu beauftragen, ein Uebereinkommen mit dem Besitzer der Seebadeanstalt Travemünde wegen Uebernahme der Kosten der Bademusik gegen theilweisen Wegfall der die Offenhaltung des Badegartens betreffenden Verpflichtung nach Maßgabe der in dem Bericht enthaltenen Darlegungen zu treffen und 3. den Senat zu ersuchen, durch das Stadt- und Landamt dem Gemeindevorstande von Travemünde für den Fall, daß das Uebereinkommen mit dem Besitzer der Seebadeanstalt zu Stande kommt, die Forterhebung der Miethesteuer in der von der Aufsichtsbehörde nach Anhörung des Gemeindevorstandes festzusetzenden Höhe zu gestatten und ihm die Auskehrung des Ertrages der Steuer an die Badedirektion aufzugeben.

Neumünster. Zur Frage der Beschränkung des Wahlrechts. Auf den seiner Zeit von einer großen Anzahl Bürger beim Bezirksausschuß eingereichten Protest wegen der Erhöhung des Wahlcensus zu den städtischen Wahlen ist jetzt die Antwort erfolgt. Dieselbe ist den Petenten zugestellt und hat folgenden Wortlaut: „Auf die Eingabe vom 1. Januar d. J. erwidere ich Ihnen, daß der Bezirksausschuß dem Beschlusse der dortigen städtischen Kollegien, wonach der Erwerb des Bürgerrechts (soweit nicht Grundbesitz oder Gewerbebetrieb in Betracht kommen) von einem Einkommen von mehr als 1200 Mark abhängig sein soll, aus formellen Gründen seine Genehmigung versagt hat." — Ob sich die Stadtväter damit begnügen, oder ob eine neue Vorlage gemacht werden wird, muß abgewartet werden. Sollte letzteres der Fall sein, so dürfte es diesmal jedenfalls nicht so glatt von Statten gehen, um so mehr, als auch die Wähler ihr Möglichstes thun werden, den Plan zu vereiteln.

Zur Abwehr der Angriffe auf die deutsche Reichswährung haben die in der Provinz Schleswig-Holstein vorhandenen Vertretungen des Handels und der Industrie folgende Kundgebung beschlossen, welche dem Bundesrathe und dem Reichstage mitgetheilt werden wird: „Die unterzeichneten Vertretungen von Handel und Industrie der drei größten Städte der Provinz Schleswig-Holstein haben sich zu folgender Erklärung vereinigt: Die Goldwährung ist eine der wichtigsten Grundlagen der vorwärtsstrebenden deutschen Volkswirthschaft. Ihre Erschütterung würde das gesammte deutsche Wirthschaftsleben und damit auch dasjenige unserer Provinz in unübersehbare Wirren stürzen. Wir sprechen daher die feste Zuversicht aus, daß die verbündeten deutschen Regierungen, und daß der deutsche Reichstag jedem Versuche, die deutsche Goldwährung zu erschüttern, mit Entschiedenheit entgegentreten werden. Das Kommerz-Kollegium in Altona. Die Handelskammer in Kiel. Die Handelskammer in Flensburg."

Apenrade. Der Führer der Dänen Nordschleswigs und Redakteur des „Heimdal", Hanssen, wurde Dienstag in Haft genommen. Als Grund wird angegeben: „seine ganze politische Wirksamkeit seit 1888 sei eine Reihe von vorbereitenden Handlungen zum Hochverrath, indem die Hoffnung auf eine Wiedervereinigung Nordschleswigs mit Dänemark stets den Hintergrund seiner Handlungen bildete."

Hamburg. Das Opfer eines Lustmörders ist die im 13. Lebensjahre stehende Alwine Strahlendorf geworden. Alwine Strahlendorf ist die Tochter des im Hause Raboisen 56 in der vierten Etage wohnenden Börsenangestellten Strahlendorf und war für ihr Alter stark entwickelt. Am Montag den 25. März, Nachmittags 2½ Uhr, spielte das Mädchen mit mehreren anderen Kindern gegenüber dem elterlichen Hause auf der Straße. Gegen 3 Uhr trat der auf der andern Seite der Straße wohnende Schlosser Heinrich Mette zu dem Mädchen heran, und bat dasselbe, ihm für 10 Pfg. Milch zu holen. Das ahnungslose Kind erklärte sich auch hierzu bereit. Unter dem Vorwande, ihr einen

Milchtopf geben zu wollen, lockte Mette alsdann die Alwine Strahlendorf in seine im Keller belegene Wohnung, aus der das Mädchen nicht wieder zum Vorschein kam. Als das Kind, das sonst stets pünktlich zur festgesetzten Stunde sich nach dem Spielen in der elterlichen Wohnung einfand, sich um 6 Uhr Abends noch nicht blicken ließ, wurde die Mutter unruhig und ließ ihrem Manne durch einen ihrer Söhne Mittheilung von dem Ausbleiben der Tochter machen. Des Vaters Suchen nach der Letzteren blieb jedoch erfolglos, weshalb der Polizei Anzeige von dem Verschwinden des Mädchens gemacht wurde. Die Kriminalpolizei stellte Dienstag Morgen sofort eingehende Recherchen an und ermittelte durch Nachfragen bei den Spielgenossinnen der Alwine Strahlendorf den oben erwähnten Sachverhalt. Ferner wurde festgestellt, daß Mette, der mit seiner Frau und seiner Mutter den erwähnten Keller bewohnt, am Montag Nachmittag seine Mutter — seine Frau war nicht im Hause — mit einem Auftrage, dessen Erledigung mehrere Stunden in Anspruch nahm, weggeschickt hatte, sodaß die Mutter erst Abends 7 Uhr wieder zurückkehrte. Bis dahin war Mette allein in seiner Wohnung anwesend. Die Kriminalpolizei hielt deshalb den Mette für verdächtig und verhaftete ihn am Dienstag Abend auf der Straße, als er von zwei Beamten zufällig angetroffen wurde. Rath Dr. Roscher, Kriminalkommissar Kaempe, sowie die Kriminalbeamten Grahner, Dübow, H. Koppe und Hillers, welch' Letzterer die Verhaftung Mettes mit vorgenommen hatte, begaben sich sofort nach der Wohnung Mettes, die sie verschlossen fanden, weshalb der Eingang zu den Kellerräumen gewaltsam geöffnet wurde. Der Fußboden des Kellers besteht aus Backsteinen. An einer Stelle schien frische Erde auf einen nassen Fleck gestreut zu sein. Bei einer Durchsuchung der Wohnung fand man einen Aschheimer, gefüllt mit Schutt, wie er zur Unterfüllung der Fußböden benutzt wird. Es wurde nunmehr der Fußboden an der verdächtigen Stelle aufgerissen. Beim Nachgraben fand man in einer Tiefe von etwa zwei Fuß die in eine Kokosmatte eingewickelte Leiche der vermißten Alwine Strahlendorf. Vor dem Hause auf der Straße hätte sich — es war Abends gegen 8½ Uhr — eine nach Tausenden zählende Menschenmenge angesammelt, die nur mit Mühe von Schutzleuten zurückgehalten werden konnte. Die Leiche, welche wie ein Taschenmesser umgeknickt und dann in die Kokosmatte fest eingewickelt war wurde sofort in's Kurhaus geschafft, wo sie in dem Zustande, wie sie aufgefunden, Mittwoch Vormittag 10½ Uhr, von der Gerichtskommission und mehreren Aerzten der Medizinalbehörde besichtigt wurde. Ueber den Befund wurde ein Protokoll aufgenommen. Mette hat gleich nach seiner Verhaftung eingestanden, daß er die Alwine Strahlendorf vergewaltigt und dann durch mit einem Hammer ausgeführte Schläge auf den Kopf getödtet habe. Der Mörder ist im Jahre 1866 in Schwerin geboren, also 29 Jahre alt. Von seiner ersten Frau, mit der er einen jetzt vier Jahre alten Knaben hatte, ist er geschieden. Vor acht Wochen ist er eine zweite Ehe eingegangen. — Der Thatort war auch heute noch von Neugierigen dicht belagert. Die Leiche der Ermordeten, die in der Kokosmatte eingenäht ist, wird heute, Donnerstag, nach der Anatomie in der Bremerstraße in St. Georg geschafft, wo die Legalsektion vorgenommen werden soll. An der Leiche sind Blutspuren bemerkbar. Der Mörder Mette wurde gestern Mittag im Stadthause photographirt und darauf vom Rath Dr. Roscher in's Verhör genommen. Er gab an, er habe das Mädchen vergewaltigen wollen, als es aber geschrieen, habe er es mit dem Hammer durch Schläge auf den Kopf getödtet.

Briefkasten.

Streit um die Kinder. Bemühen Sie sich nach der Redaktion.

Treuer Abonnent. Sie müssen zuvor die Exmissionsklinge anstrengen.

N. B. 1) Rendezvous-Stelldichein. 2) Doktor der Medizin. Die ganze Sache scheint brenzlich zu sein; gehen Sie nur nicht darauf ein.

Abonnent in Nusse. Falls Sie abreisen, müssen Sie bei der Post Ihre neue Adresse aufgeben. Sie bekommen dann die Zeitung an die neue Adresse weiter geliefert.

Angekommene und abgegangene Schiffe in Travemünde.

Angekommen:

Mittwoch, den 27. März.

11,— U. V. D. Halmstadt, Lundin, von Kopenhagen in 14 Std
11,40 U. V. D. Adler, Fischer, von Wismar in 4 Std.
12,10 U. V. D. Stadt Strahlsund, Gütschow, von Rostock in 7 Stunden.
4,15 U. N. D. Thor, Madsen, von Nakskow in 8 Std.
7,30 U. N. Louise Julie, Adam von Fehmarn in 1 Tg.
9,30 U. N. Anna, Lafrenz, von Fehmarn in 1 Tg.

Donnerstag, den 28 März.

3,40 U. V. Ebenezer, Rasmussen, von Fehmarn in 1 Tg.
3,40 U. V. Christine, Dittmer, von Heiligenhafen in 1 Tg.
6,15 U. V. D. Lübeck, Hultman, von Kopenhagen in 12 Std.
8,10 U. V. D. Europa, Vogt, von Liban in 45 Std.

Abgegangen:

Donnerstag, den 28. März.

7,10 U. V. D. Condor, Ohlson, nach Sonderburg.

Wasserstand und Wind in Travemünde: 8 Uhr Vorm.: 6,56 m, SSO., frisch.

Schiffsbewegung in der Ostsee.

D. Fyen ist am 27. März in Baltischport angekommen.
D. Straßburg ist am 27. März von Baltischport auf hier abgedampft.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im „Lübecker Volksbote" inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Friedenstraße 1. Friedenstraße 1.

Geschäfts-Eröffnung.

Einem geehrten Publikum zur gefl. Anzeige, daß ich statt des früheren Schuhwaaren-Lagers **eine Taback-, Cigarren- und Flaschenbier-Handlung** eröffnet habe. Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, nur gute Waaren zu führen. Ferner halte ich mich zu allen in **meinem Fache** vorkommenden Arbeiten nach wie vor bestens empfohlen.

Um geneigten Zuspruch bittet

R. Schmidt, Schuhmachermeister.

Hierdurch erlaube ich mir anzuzeigen, daß ich am heutigen Tage meine

Wirthschaft

in dem neu renovirten und vergrößerten Lokale wieder eröffnet und Herrn **W. Kahts** die Leitung derselben übertragen habe.

Lübeck, den 28. März 1895.

Hochachtungsvoll

H. J. H. Steffen.
W. Kahts, Geschäftsführer.

Frische Butter, Pfd. 90 und 100 Pf.
Backbutter, Pfd. 70 und 80 Pf.
Beste Margarine, Pfd. 70 Pf., 2 Pfd. 135 Pf. zweite Sorte Pfd. 65 Pf., 2 Pfd. 125 Pf.
Schmalz, Pfd. 55 Pf., in Eimern von 20 Pfd. 47 Pf., **Grieben schmalz**, Pfd. 60 Pf.
Hiesigen fetten Speck, Pfd. 70 Pf., durchwachsen, Pfd. 65 und 75 Pf.
Amerikanischen Speck, Pfd. 60 Pf., in ganzen Seiten und fetten Rücken Pfd. 55 Pf.
Geräuch. Landmettwurst, Pfd. 80 u. 100 Pf.
empf. **J. F. D. Götke**, Kupferschmiedestr. 7.

Feinste Tafelbutter

aus den **besten Meereien Holsteins und Lauenburgs** empfehle zu den **billigsten Tagespreisen. Th. Storm**, Butterhandl., **Königstraße 98.**

Feinste französische und **Magnum bonum-Kartoffeln** **sack- und faßweise**, empfiehlt **August Jensen**, Hartengrube 21.

Prima Sohlenleder in **ganzen Häuten** und im **Ausschnitt** zu sehr billigen Preisen.
C. Kabus, Lederhandlung, Mengstr. 5.

Gratulations-Karten zur **Confirmation** empfiehlt **Chr. Reese, Neumünster.**

Neumünster.

Meinen werthen Kunden zur Nachricht, daß ich zum 1. April **Wittorferstraße 19** wohne.
Achtungsvoll **Chr. Reese**, Buchhandlung.

Miethe-Quittungs-Formulare sind zu haben in der **Expedition des Lübecker Volksboten.**

Die Preetzer Schuh- u. Stiefel-Handlung
14 Fünfhausen 14
empfiehlt
Confirmations-Schuhe und Stiefel
in großer Auswahl und billigsten Preisen.

Schilling's Bier-Lokal
Dornestraße 40, Ecke Emilienstraße.

25 Marlesgrube Reich 25
haltigstes Lager aus nur besten Materialien sauber gearbeiteter
Möbel, Spiegel und Polsterwaaren.
Große Auswahl. Mäßige Preise.
Ganze Aussteuern v. **125** Mk. an
Complete Zimmereinrichtungen
in eleganter Ausführung zu **allen** Preisen stets in großer Auswahl vorräthig.
Ansicht gerne gestattet.

25 Carl Folckers 25
Marlesgrube
Möbel-Magazin.
Für dauerhafte Arbeit leiste völlige Garantie.

Feinste Cervelatwurst
Pfd. 1,20 Mk.
in ganz vorzüglicher Qualität
(weich doch schnittig).
Th. Storm, Königstraße 98.

Ich kaufte eine große Parthie
ca. 80 Stck. **Vertikows**
„ 60 „ **Pfeilerspiegel**
„ 40 **Pfeilerschränke**
„ 20 **Sophatische**
in nur sauberer und moderner feiner Waare sehr billig und offerire dieselben zu ganz außergewöhnlichen Preisen. Ferner **Plüsch- und andere Garnituren** in großer **Auswahl sehr billig. Sehenswerth** meine jetzt nach Fertigstellung des Baues bequem zur ebenen Erde belegene ca. 300 qm große **Möbelhalle** und lade zur gefl. Besichtigung ein.
H. E. Koch's Central-Möbelhalle.

Besonders große, frische
Eier
empfiehlt
Th. Storm, Königstraße 98.

Habe ein **junges, sehr fettes Pferd** geschlachtet, wovon ich das **Fleisch und dicke Flohmen** bestens empfehle. **Frau S. Becker**, Fischergrube 23 und Dornestraße 13.

Pa. Magnum bonum
empfiehlt **W. Scharfenberg, Kl. Kiesau 8.**

Neue Sendung gelbkochende **Magnum bonum-Kartoffeln**, sack- und faßweise, empfiehlt **J. C. Müller**, Cronsforder Allee, Ecke Kahlhorststraße.

Ein Haus mit gut. Colonialw.-Geschäft sowie Laden-Inventur ist Fortzugs halber zu verkaufen. Offerten unter **M N** an die Exped. d. Bl.

Cigarren-Auktion.
Sonnabend den 29. d. M., Morgens **9** Uhr und Nachmittags **3** Uhr anfangend, verkaufe **Sandstraße 28** im Laden, neben „Hotel Stadt Hamburg", wegen gänzlicher Aufgabe des
Cigarren-Geschäfts
die Ladeneinrichtung, sowie das ganze vorhandene Lager, besteh. in feinen Marken, als: **Sumatra, Felix-Brasil, Mexiko** und **Havannah**, darunter die beliebten mit Ring, in bequemen Cavelingen öffentlich meistbietend gegen Baarzahlung.
H. E. Koch, Auktionator.
NB. Bis zur Auktion Verkauf von Kisten und Proben zu billigen Preisen daselbst.

Auction
am Freitag den 29. d. Mts.
Vormittags 10 Uhr
im Berliner Hof, Fünfhausen,
über: **ca. 30 Mille Cigarren.**
Nachmittags 3 Uhr präcise
41 Hundestrasse 41
über: **Mobilien und Waaren.**
Bitte um Zusendung.
Johs. Fick, Auktionator.

Zu verkaufen ein Kinderwagen.
Krähenstraße 22/2.

Ein Ziehhund billig zu verkaufen.
Vorstadt St. Lorenz, Ritterstraße 8.

Zu kaufen gesucht ein **Haus** mit 2 Wohnungen und etwas Gartenland, am liebsten v. Burgthor. Offerten mit Preis und Lage unter **H A** an d. Exped. d. Bl. **Makler verbeten.**

Zum 1. April oder später eine Parterre- und eine Etagen-Wohnung von je 2 Zim., Küche mit Wass. sow. all. Zub. Lg. Lohberg 41. Näh. im Fl.

Durch Zufall eine kleine freundl. **Wohnung** zum 1. April zu vermiethen.
Düstere Querstraße 13.

Zu vermiethen zwei leere **Parterre-Zimmer.**
Schulstraße 11b, Burgthor.

Gesucht zum 1. Juli eine Flügel-Wohnung oder Hinterhaus mit Werkstelle. Offerten unter **S K 25** an die Exped. d. Bl.

Z. Ohrringe-Einstecken empfiehlt sich
Frau **E. Hannemann**, Marlesgrube 6, pt.

Hunde werden geschoren und gewaschen von **H. Nau**, Ziegelstraße Nr. 9c.

Verloren auf dem Fußwege von Steinrader Baum nach Lübeck ein **Baßbogen.** Abzugeben bei **H. Randt, Stockelsdorf.**

Frau **M. Schlichting** zu ihrem 31. Wiegenfeste die herzlichsten Glückwünsche.
Ungenannt, doch sehr bekannt.

St. Lorenz-Liedertafel.
General-Versammlung
am Sonntag den 31. März 1895,
Nachmittags 4 Uhr,
im Vereins-Lokal.
T.-O.: Abrechnung Wahlen. Festsetzung der Sommer-Vergnügungen und Sonstiges.
Der Vorstand.

Gasthof z. gold. Stern
Weiter Krambuden 1.
Täglich Unterhaltungs-Musik.

Stadttheater in Lübeck.
Freitag den 29. März:
117. Abonnements-Vorstellung. 3. Serie: Orange. (Freitag-Abonnement Nr. 18).
Anfang 7 Uhr. Opernpreise.
Die Hochzeit des Figaro.
Sonnabend den 30. März:
Ausser Abonnement.
Anfang 7 Uhr. Opernpreise.
Erstes Gastspiel
von Herrn Otto Sommerstorff u. Frau Teresina Sommerstorff-Gessner
Die Geschwister.
Schauspiel in 1 Akt von Göthe.
Wohlthäter der Menschheit.
Schauspiel in 3 Akten von Philippi.
Wilhelm, Dr. Martius } Otto Sommerstorff
Marianne, Katharina } Teresina Sommerstorff-Gessner
als Abschiedsrollen.
Sonntag den 31. März:
Nachmittags 3½ Uhr:
Auf vielfaches Verlangen
Einmalige Kinder-Vorstellung.
Hänsel und Gretel.
Zu dieser Vorstellung haben **zwei** Kinder auf **ein** Billet Zutritt.
Schauspielpreise.
Bestellungen werden schon heute erbeten.
Abends 6½ Uhr:
Letzte Doppel-Vorstellung zu einfachen Cassenpreisen.
118. Abonnements-Vorstellung. 4 Serie: Blau.
Stradella.
Die zärtlichen Verwandten.
Opernpreise.
Sonderzug in der Richtung **Travemünde**, Rückfahrt 11 Uhr.

Verantwortlicher Redacteur: Otto Friedrich. Druck und Verlag: Friedr. Meyer & Co., beide in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 75. Freitag, den 29. März 1895. 2. Jahrgang.

Die soziale Seite der Pädagogik.

Man las kürzlich von einem Gespräche, das die Lehrerin einer Berliner Schule mit einem zwölfjährigen Knaben führte, und das von Nachtarbeit, Ueberanstrengung und trauriger Verkümmerung erzählte.

Hierzu schreibt ein Lehrer der „Leipziger Volks-Zeitung“:

Dieses Gespräch ging dieser Tage fast durch die gesammte deutsche Presse. Aber fast nur die sozialdemokratische hatte das rechte Wort der Beurtheilung dieser traurigen Thatsache gefunden, die bürgerliche Presse arbeitete mit den gewohnten philanthropischen Phrasen. Unter den Urtheilen der pädagogischen Presse ist mir nur eines aufgefallen, welches den Kern der Sache berührt, das der „Neuen Badischen Schulzeitung“. Diese schreibt nämlich: Die Kinderarbeit in den Fabriken ist gesetzlich geregelt; wer aber schützt die unzähligen Kinder, die außerhalb der Fabriken mit thätig sein müssen, vor der Ausbeutung durch ihre eigenen Eltern? Oder vielmehr: wann wird es den Eltern möglich sein, durch des Mannes Arbeit die Familie zu ernähren, so daß sich die Mutter der Hausarbeit und der Erziehung ihrer Lieblinge widmen kann, daß die Kinder lediglich nach der Seite ihrer eigenen Ausbildung thätig sein müssen?

Diese skeptische Frage: wann wird es möglich sein? beantwortet die Sozialdemokratie kurz und klar: dann, wenn die Produktionsmittel nicht mehr in den Händen einer Klasse, sondern in den Händen der Gesellschaft sind. Daß die große Mehrzahl der Lehrer noch nicht zur Erkenntniß dieser Wahrheit gekommen ist, daß sie ihr eigenes Heil und das der Schule von den herrschenden Klassen erwartet, und daß sie z. B. in der Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Militärdienst ein Mittel zur Hebung der Schule und des Lehrerstandes erblickt, ist bedauerlich, wenn auch bei der gegenwärtigen Art der Lehrerbildung und gesellschaftlichen Stellung des Lehrers sehr leicht erklärlich. Und doch liegt auf keinem anderen Gebiete des gesellschaftlichen Lebens der Zusammenhang mit den sozialen Verhältnissen so klar vor Augen, wie auf dem Gebiete der Schule. Kann dieser Zusammenhang deutlicher und ergreifender dargestellt werden, als er in dem Eingangs zitirten Gespräche vorliegt? Da streiten sich unsere Pädagogen über methodische Fragen herum, über die Bedeutung der Ziller'schen formalen Stufen für den Unterricht oder die Behandlung der biblischen Geschichte auf den verschiedenen Schulstufen, da schreiben sie „Erläuterungen“ und „Erklärungen“ zu allen möglichen und unmöglichen Dingen, zum Lutherischen kleinen Katechismus und zum Sang an Aegir, aber sie sehen es nicht, wie die sozialen Verhältnisse ihre Bemühungen fruchtlos machen. Sie sind wie der Gärtner, der sich die schönsten Pläne macht, nach denen er seine Rosen veredeln will, dabei aber vergißt, dieselben warm zu umhüllen, so daß sie erbarmungslos vom Froste zerstört werden. Während der Lehrer zu Hause mit Fleiß und pädagogischem Verständniß die vorzüglichste Katechese über die Nahrungsmittel ausarbeitet, sitzen einige seiner Schüler daheim in dumpfer Ecke, hungernd und frierend, sitzen Andere am Webstuhl und weben Geist und Kraft, sehnendes Verlangen nach Licht und Brot und Liebe, getäuschte Hoffnung und heiße Thränen hinein in das glänzende Gewebe. Aber der Lehrer sieht es nicht und sieht am nächsten Morgen in der Schule nur theilnahmslose und „träge“ Schüler. Vielleicht gar straft er die Schüler für ihre Theilnahmslosigkeit. Warum nicht? Hat er sich doch redliche Mühe gegeben, den Stoff für die Fassungskraft seiner Schüler zurecht zu machen — was kann es anders sein als böser Wille, wenn diese seine Anstrengungen mit Unaufmerksamkeit belohnen.

Ich erinnere mich aus meiner pädagogischen Praxis eines Vorfalles, der zuerst mir die Augen geöffnet hat über die soziale Seite der Pädagogik und der nicht zum wenigsten dazu beigetragen hat, mich zur Sozialdemokratie hinzuführen. Das kleine Dorf, in dem ich Lehrer war, lag eine halbe Stunde von der Stadt entfernt. In meiner Doppelklasse hatte ich zwei Kinder derselben Familie, einem Knaben von 12 und ein Mädchen von 11 Jahren. Beide waren mittelmäßig begabt, doch war das Mädchen geistig frischer. Der Vater ging zur nahen Stadt in die Fabrik, wie fast alle des Dorfes, die Mutter und Kinder besorgten die paar Stückchen Feld. Doch die Schwindsucht zehrte an dem Körper des Vaters und eines Tages stand die Familie ohne Ernährer in der Welt. Mutter und sechs Kinder, das älteste davon war dreizehn Jahre. Hatte es vorher knapp nur gereicht, so zog jetzt die nackte Noth in das Haus der Wittwe ein. Nun mußten die Kinder verdienen helfen. Das eine Mädchen, das zu mir in die Schule ging, half der Mutter zu Hause bei der Arbeit und draußen im Felde. Der Knabe aus meiner Klasse ging den Tag über zu fremden Leuten. Ich bemerkte an diesem sehr bald eine hochgradige Schläfrigkeit und Theilnahmslosigkeit, die schriftlichen Hausaufgaben, die er zu machen hatte, wurden täglich schlechter. Das konnte ich mir durch die Tagesarbeit allen nicht erklären; ich hatte in meiner Schulzeit auch am Tage arbeiten müssen und war dennoch in der Schule der Erste gewesen. Ich fragte die Schwester, ob ihr Bruder denn zu Hause nicht fleißig sei. Doch, sagte sie, aber er kann erst nach 12 Uhr Nachts seine Arbeit machen; er muß jeden Abend in der Stadt Kegel aufsetzen; da war nichts zu machen: die Mutter sagte mir weinend, daß es „nicht anders gehe“. Der arme Knabe hatte also drei Stunden am Vormittag Unterricht, nach dem Unterricht mußte er zu fremden Leuten bis Abends 7 Uhr; um 8 Uhr hatte er in der Stadt Kegel aufzusetzen bis 11 oder 12 Uhr. Und dann noch Schulaufgaben!

Wie leicht werden solche arme Kinder vom Lehrer ungerecht behandelt meistens, ohne daß dieser von dem Unrecht eine Ahnung hat. Ist an solchen Vorkommnissen nicht klar zu erkennen, welcher innige Zusammenhang zwischen den Erziehungsfragen und der großen sozialen Frage besteht. Kann man deutlicher die Bedeutung der sozialen Frage als Kulturfrage nachweisen? Und in den Städten, namentlich den Industriezentren, ist es noch weit schlimmer. Dort handelt es sich nicht nur um die geistige, sondern auch um die moralische Verkümmerung der proletarischen Jugend. Und mit der zunehmenden Proletarisirung des Bauernstandes wird es auch hier stets schlimmer. Was hilft da die geistvollste, die pädagogisch großartigste Methode? Brod braucht das Kind, Licht und Luft und auch freie Bewegung. So bleibt es körperlich und geistig gesund. Und dann erst kommen methodische Fragen.

Von Menschenerziehung hat Pestalozzi gesprochen. In einer Gesellschaft, wo eine Klasse die andere politisch und wirthschaftlich unterdrückt, ist Menschenbildung unmöglich. — Von keinem anderen bürgerlichen Berufe kann man sagen, daß seine Interessen so sehr mit den Interessen des Proletariats zusammenfallen, als von dem Beruf des Volksschullehrers, keine Institution des öffentlichen Lebens hängt so innig mit der sozialen Frage zusammen als die Schule.

Professor Dodel, der geistvolle und muthige Züricher Universitätsprofessor, der einst selber Volksschullehrer war, hat daher vollkommen recht, wenn er in einem seiner Vorträge sagt: wenn der Lehrer eines Ideals fähig ist, so gehört er zur Sozialdemokratie.

Denn die Sozialdemokratie ist heute die einzige Partei, auf deren Fahne auch die großen Erzieherideale eines Comenius, Pestalozzi, Fichte und Diesterweg geschrieben stehen! Wie lange es noch gehen mag, bis auch die Lehrer das einsehen werden? Mit ihren „Freunden“ haben sie doch bald genug schlimme Erfahrungen gemacht.

Soziales und Partei-Leben.

Arbeitseinstellung. 200 Arbeiter der Saganer Wollspinnerei haben am Montag wegen Lohndifferenzen die Arbeit eingestellt.

Der internationale Kongreß der Bergleute wird dieses Jahr in Paris abgehalten. Seine Sitzungen beginnen Montag, den 3. Juni, Morgens 11 Uhr. Lokal und Tagesordnung werden in den nächsten Wochen festgesetzt.

Aus Nah und Fern.

Hamburg. Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz. Die Inhaber einer Speditions-Firma, die Kaufleute Heinrich Hermann Albers und Wilhelm Fritz Eduard Lindemann, führten im Dezember 1893 im Auftrage der Firma Gebr. Schönberger in Wien von dort 505 Kisten Shrapnels nebst Zünduhrschrauben nach Deutschland ein, ohne die vorgeschriebene polizeiliche Genehmigung eingeholt zu haben. Shrapnels, insbesondere aber die für sich verpackten Zünduhrschrauben, welche Knallquecksilber enthalten, müssen nach Ansicht der Staatsanwaltschaft als Sprengstoffe im Sinne des Sprengstoffgesetzes angesehen werden, da sie nicht wie andere Schießmittel durch Beschluß des Bundesrathes gemäß § 1,3 von den Bestimmungen dieses Gesetzes ausgenommen sind. Die Sendung war in sieben Wagenladungen über Bodenbach—Dresden—Leipzig auf dem Bahnhof in Altona eingetroffen und sollte nach Wittenberge bei Blankenese gebracht werden, um für die siamesische Regierung mittelst Dampfers nach Singapore überführt zu werden. Die Herren Albert und Lindemann wandten sich nach Ankunft der Sendung in Altona an das dortige Polizeamt und baten um die Erlaubniß, die Ladung am Neumühlener Quai in Schuten verladen zu lassen. Diese Erlaubniß wurde wegen der außerordentlichen Gefährlichkeit verweigert. Als jedoch der Amtsvorsteher in Blankenese die Verladung der Munition an der Ladestelle der Dynamit-Gesellschaft in Wittenberge genehmigt hatte, wurde der Landtransport dorthin vom Altonaer Bahnhof unter besonderen polizeilichen Vorsichtsmaßregeln gestattet.

Folly Morrison.

Roman von Frank Barett.

Autorisirte Uebersetzung von A. Geisel.

(33. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Margarethe empfing den Verlobten mit froher Ueberraschung und als er in dem behaglich durchwärmten Gemach saß und mit den beiden plauderte, war Folly für den Augenblick ganz vergessen. Nach beendeter Abendmahlzeit mußte Richard Vane seine Predigt studiren.

Als Richard das Zimmer verließ, hatte der junge Aveling die Empfindung, als schnüre sich ihm die Kehle zu, aber es half ihm nichts — er mußte etwas sprechen, wenn er auch durchaus nicht wußte, wie er es beginnen sollte.

„Warst Du erstaunt über mein Kommen, Grethe?“ begann er endlich.

„Eigentlich nicht, Roland, ich hatte schon zu Weihnacht auf Deinen Besuch gehofft.“

„Muß ich Dir das wirklich erst sagen, Roland?“

„Ja, Grethe, ich weiß es nicht.“

„Weshalb bist Du denn heute eigentlich gekommen, Roland?“

„Heute — nun, das ist sehr einfach, weil ich Dich lieb habe.“

„Und war das denn zu Weihnachten nicht der Fall, Roland?“

„Wie Du nur so fragen kannst! Du weißt doch, daß ich Dich bereits seit Jahren liebe, aber ich hatte ja meinem Vater versprochen, sechs Monate in der Weltstadt London zu bleiben, und deshalb kam ich nicht zu Weihnachten.“

„Weshalb kamst Du heute trotz diesem Versprechen?“ fragte Grethe sanft.

„Bist Du böse, daß ich's gethan?“

„Nein, Roland!“

„Dann solltest Du mich auch nicht mit Kreuz- und Querfragen in die Enge treiben,“ brummte Roland nicht eben höflich.

Margarethe erhob sich schweigend, um das Zimmer zu verlassen; bevor sie jedoch die Thüre erreicht hatte, war Roland ihr nachgeeilt und hatte bittend ihre Hand erfaßt.

„Vergieb mir,“ bat er beschämt; „ich hatte heute schon so viel Verdrießlichkeiten und das verstimmte mich eben ganz.“

„Bei aller Verstimmung durftest Du nicht vergessen, daß Du mit einer Dame sprachst.“

Roland stutzte — wollte Margarethe ihm fühlbar machen, welch ein Unterschied zwischen ihr und Folly bestehe? Ziemlich schuldbewußt begann er nach einer unbehaglichen Pause:

„Warum thatest Du mir nicht zu wissen, ich möchte zu Weihnachten kommen, Grethe? Ich hätte es sicher gethan.“

„Solch ein Wunsch will errathen sein. Nachdem Du mich zwei Monate hindurch ganz vergessen hattest, konntest Du mir wohl einen Tag, und gerade den schönen Festtag widemen.“

„Ich hätte Dich vergessen, Grethe? Willst Du damit vielleicht sagen, daß ich Dir hätte öfter schreiben sollen?“

„Schreiben sollen gewiß nicht, auch kommt es nicht auf die Zahl, sondern auf den Inhalt und den Ton der Briefe an.“

Eine Weile sah Roland vor sich auf den Fußboden, ehe er fortfuhr:

„Worüber soll man schreiben, wenn man nichts Besonderes erlebt!“

„Aber Deine Briefe aus der ersten Zeit Deines Londoner Aufenthalts hatten viel mehr Wärme und Inhalt als die späteren.“

Roland lechzte darnach, dieser Qual ein Ende zu machen. „Grethe,“ begann er, „laß mich Dir sagen, weshalb ich heute kam.“ Und als sie ihn dann fragend, bittend ansah mit den treuen Augen, fuhr er dann fort: „Ich wollte nur hören, ob Du mich gleich jetzt heirathen willst?“

„Und Dein Vater —“

„Ich werde ihn um seine Einwilligung bitten — verweigert er mir dieselbe, dann kann ich mich nicht weiter für gebunden erachten, seine Wünsche zu berücksichtigen.“

„Und in welcher Weise gedenkst Du Dir eine Existenz zu gründen, Roland?“

„O, ich werde schon eine Beschäftigung finden, die mir zusagt; einstweilen ist auch noch ein Theil des Geldes, welches mir mein Vater zur Verfügung gestellt hat, vorhanden.“

„Eines sollte Dir aber doch klar sein,“ verwies sie ihn sanft. „Wenn Du die Bedingung, die Dein Vater gestellt hat, nicht erfüllst, mußt Du ihm doch das Geld zurückgeben.“

Roland schwieg — er wußte selbst am besten, wie wenig noch, dank seiner Großmuth gegen Folly, von der Summe übrig geblieben war.

Wieder zögerte er eine Weile, ehe er dann seufzend fortfuhr:

„Wenn ich ganz ohne bestimmte Mittel bin, ist aller

Als Inhalt der Sendung waren zunächst Patronen angegeben, erst nach nach Ankunft der Sendung im Hamburger Freihafen bekam die Polizei Kenntniß von der besonderen Gefährlichkeit der Waare und traf schleunigst die erforderlichen Vorsichtsmaßregeln. Da die Herren Albers und Lindemann die erforderliche polizeiliche Erlaubniß zur Einführung von Sprengstoffen in das Reichsgebiet nicht eingeholt hatten, wurden sie vom Landgerichte Hamburg am 20. Dezember v. Js. wegen Vergehens gggen § 9 des Sprengstoffgesetzes zu je 4 Monaten Gefängniß verurtheilt. Bemerkenswerth ist der Umstand, daß die sächsische Staatseisenbahn die gefährliche Waare unbeanstandet übernommen und weiterbefördert hat. Die Angeklagten hatten sich auch darauf berufen, daß sie nicht die Einführer des Schießmaterials gewesen seien, daß dies vielmehr die Gebr. Schönberger in Wien gewesen seien, welche sie, die Angeklagten, nicht ausreichend über den Inhalt der Sendung informirt hätten. Trotzdem ließ das Gericht die Verurtheilung eintreten. — Die Revision der Angeklagten kam nun heute vor dem 3. Straffenate des Reichsgerichts zur Verhandlung. Die Feststellung, daß sie gewußt haben, es handle sich um Sprengstoffe im Sinne des § 1 des Sprengstoffgesetzes, wurde als ungenügend bezeichnet. Wenn sich die Angeklagten geirrt hätten, so hätten sie sich über Thatumstände geirrt, und dieser Irrthum müsse ihnen zu gut kommen. — Das Reichsgericht erkannte auf Verwerfung der Revision. Daß es sich um Sprengstoffe gehandlt habe, sei ausreichend festgestellt, ebenso auch die Kenntniß der Angeklagten davon. Ein etwaiger Irrthum der beiden Angeklagten sei als ein solcher über das Strafgesetz anzusehen, der die Strafbarkeit nicht ausschließt. Wenn die Eisenbahn den Transport nicht beanstandet habe, so bedeute das nur, daß derselbe der Verkehrsordnung entsprochen habe; eine polizeiliche Erlaubniß sei aber durch die Handlung der Eisenbahn nicht ersetzt worden.

Sonderburg. Ein Krach, der seinesgleichen sucht, beginnt sich in unserer Stadt abzuspielen. Schon am Abend des 22. März kursirte das Gerücht, die Sonderburger Bank sei genöthigt, ihre Zahlungen einzustellen. Dies Gerücht ward immer bestimmter bis am Nachmittag des 23. März der Konkurs wirklich angemeldet wurde. Die Stadt war in großer Aufregung. Kaum ist in der Stadt ein Haus zu finden, das von dem Unglück nicht betroffen wird; auch die Landbevölkerung ist stark betheiligt. Die Größe des Unglücks ist noch nicht abzuschätzen. Nach der erfolgten Revision durch den Justizrath Grimm, veranlaßt durch den Tod des Bankdirektors Jörgensen, schuldet dieser der Bank die Summe von 2400000 Mark. Die Höhe des wirklichen Defizits läßt sich noch nicht feststellen, da von den Wechseln, die zusammen auf 600000 Mark lauten sollen, ein ganzer Theil werthlos ist. Schon seit 1890 soll die Bank mit einem Defizit von 1 Million Mark gearbeitet haben. Das ganze Aktienkapital von 800000 Mark ist verloren. Davon sind ausgezahlt 25 Prozent. Der Hauptgläubiger ist der Kommerzienrath Schumberger aus Charlottenburg mit 1 Million Mark. Von den bei der Sparkasse belegten Geldern ist hoffentlich ein Theil zu retten, sonst werden viele Familien, Wittwen und Waisen ihres ganzen Vermögens beraubt. Mit der Bank war auch eine Pfennigsparkasse mit Einlagen von 29000 Mk. verbunden. Jörgensen galt allgemein nicht nur als ein überaus solider und vorsichtiger Geschäftsmann, sondern war seiner weit ausgedehnten Wohlthätigkeit wegen allgemein geachtet und beliebt. Er besaß das volle Zutrauen der Bevölkerung. Daher ist der Krach in der That ein Blitz aus heiterm Himmel. Die Geschäfte sind zuletzt geleitet vom Prokuristen Thiessen und dem früheren Kapitän Möller. — Jörgensen war eine Stütze der heutigen Gesellschaftsordnung.

Der „Fall Partisch." Oldenburg. Als dieser Tage in der Stadt das Gerücht sich verbreitete, der „Fall Partisch" werde soeben von der Strafkammer verhandelt, wurde diesem Gerücht vielfach Glauben geschenkt. Man wollte wissen, die Behörde habe, um weiteres Aufsehen zu verweiden, den Tag der Verhandlung gegen den Schwindler im Talar absichtlich geheimgehalten und der Pseudopastor werde „heimlich" abgeurtheilt. Die Aufregung über das falsche Gerücht zeigte jedenfalls, mit welcher erwartungsvollen Spannung dem Sensationsprozesse entgegen gesehen wird. Die Voruntersuchung gegen Partisch ist seit etwa vier Wochen abgeschlossen, aber die öffentliche Verhandlung gegen ihn wird voraussichtlich erst gegen Mitte des April stattfinden. Vielleicht wird sie über die räthselhafte Vergangenheit dieses wirklich genialen Schwindlers völlige Klarheit bringen, vielleicht aber auch nicht, denn Partisch selbst ist bisher durch Nichts zu bewegen gewesen, über sich und sein Vorleben ein offenes Geständniß abzulegen. Man weiß eigentlich weder seinen Namen noch seine Art. Die ihm vorgeworfenen Strafthaten giebt er zu, so weit sie nicht mehr zu leugnen sind.

Begnadigung für Frau Dr. Schnutz. Die Geschworenen der letzten Schwurgerichtsperiode in Hannover haben sämutlich eine an den Kaiser gerichtete Eingabe unterzeichnet, in der unter eingehender Darlegung der Verhältnisse gebeten wird, der vor Kurzem zu neun Mt. Gefängniß verurtheilten Frau Dr. Schnutz die Strafe im Wege der Gnade zu erlassen.

Im königlichen Schauspielhause zu Berlin machte am Sonnabend-Abend bei der Aufführung der Jungfrau von Orléans ein großer Theil des Publikums sich das Vergnügen, die Worte: „Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr Alles freudig setzt in ihre Ehre", mit betäubendem, „minutenlangem" Beifallssturm zu begleiten. Das Schauspielhaus-Publikum steht im Allgemeinen nicht in dem Rufe allzu großer kritischer Urtheilskraft.

Flüchtig gewordener Bankier. Wittenberg. Der hiesige Bankier Gustav Meyer ist, nachdem er sich mehrfacher Depotunterschlagungen schuldig gemacht hat, mit Hinterlassung einer Schuldenlast, deren Höhe sich noch nicht übersehen läßt, flüchtig geworden; sein am Markt gelegenes Geschäft, das er vor etwa fünf Jahren von seinem Vorgänger Apporius übernommen, ist wegen einer Zwangsvollstreckung von vorläufig 15000 Mark geschlossen worden. Meyer war vorher in Magdeburg ansässig und hat dort fallirt.

Ein bureaukratisches Kabinettstück hat, wie die „Köln. Ztg." schreibt, die Gerichtskasse in Euskirchen geliefert, indem sie, wie aus einem vorliegenden Beweisstücke erhellt, eine Geldsendung zurückgehen ließ, weil derselben 5 Pfg. Bestellgeld hinzugefügt waren, die andere Staatsbehörden neben dem jedesmaligen Betrage verlangen, wenn sie Postanweisungen annehmen sollen. Eingesandt wurden 16 Mk. 15 Pfg., die Annahme wurde aber verweigert, weil nur 16 Mk. 10 Pfg. einzusenden gewesen waren. Zur Erläuterung dieses ungewöhnlichen Vorgangs wird uns bemerkt, daß allerdings auf der Zahlungsaufforderung ein Stempelaufdruck gestanden hatte „bei Einsendung ohne Bestellgeld", daß man jedoch diesen Vermerk nicht beachtet bezw. nicht verstanden und sich an die allgemeine Uebung der behördlichen Kassen gehalten hätte. Jedenfalls ist es aber eine strenge Strafe, die hier die Gerichtskasse über einen Zahler verhängt hat, der doch nur bestrebt gewesen war, der Gerichtsbehörde ihr Recht bis auf Tipfelchen zu geben, denn die Postgebühren für die mit 25 Pfg. freigemachte Postanweisung verdoppelten sich durch die Annahmeverweigerung und außerdem entstanden einige fernere Ausgaben für die Beförderung von Beschwerdebriefen, ganz abgesehen von der Mühewaltung und dem Verdruß über eine solche bureaukratische Steifheit.

Um sich die Besuche des Gerichtsvollziehers fernzuhalten, verfiel ein Schuhmacher in Regensburg auf ein sonderbares Mittel, indem er demselben im wahrsten Sinne des Wortes eine „warme" Aufnahme bereitete. Als er vom Fenster aus seinen Bekannten die Straße wieder daherschreiten sah, zog er rasch die äußere Klinke aus der Thür, machte sie im Ofen rasch glühend und steckte sie mittels einer Zange kurz vor dem Erscheinen des Gerichtsvollziehers wieder ins Schloß, welcher herzhaft zugriff und sich die Finger derart verbrannte, daß sie längere Zeit zur Heilung bedurften. Bei der Geschichte wird sich wohl auch der Schuhmacher die Finger im figürlichen Sinne verbrannt haben. Der Beamte stattet nach wie vor seine Besuche ab, untersucht aber erst stets die Thürklinke vorsichtig auf den Wärmegrad, ehe er zugreift.

Erfroren. Durch den Forstaufseher Kilmann wurde im Walde bei Stein unfern Rybnik eine aus sechs Köpfen bestehende Zigeunerbande todt im Schnee aufgefunden. Dem Anscheine nach liegen die Leichen schon längere Zeit unter dem Schnee. Die „Bande" bestand aus zwei Männern, drei Weibern und einem Kinde. Dem Kinde war das rechte Auge, wahrscheinlich durch einen Raben, ausgehackt. Beim Holzvermessen sah Forstaufseher Kilmann Arme und Beine aus dem tauenden Schnee hervorragen. Beim Nachsuchen fand man die Leichen. Ein Feldkessel und ein eiserner Dreifuß lagen neben den Leichen, ebenso ein todter Hund. — „Was ihr thut dem Geringsten dieser, das habt ihr mir gethan." Praktisches Christenthum treibt die Armen von Ort zu Ort ins Elend.

Ein gemüthlicher Selbstmordkandidat. Der 40jährige Schneidermeister Emanuel Maschek in Wien wurde dieser Tage von dem Sicherheitswachinspektor Rudolf Berndt angehalten, weil er einen Selbstmordversuch verübt hatte. Maschek hatte sich nämlich in Kahlenbergerdorf im sogenannten Waldgrabenbruche erhängt; da indeß die Schnur für seinen schweren Körper zu schwach war, so zerriß dieselbe — und der Selbstmordkandidat fiel auf den Boden, wo er später von dem Weingartenarbeiter Johann Weiß in Kahlenbergerdorf aufgefunden wurde. Kurz darauf zündete sich Maschek in bester Laune seine Pfeife an und erzählte, die That wegen drückender Schulden verübt zu haben. Da aber das Schicksal seinen Tod nicht wünschte, werde er nie mehr Hand an sich legen. Maschek, an dessen Halse noch Strangulirungsfurchen deutlich sichtbar sind, wurde in das Allgemeine Krankenhaus gebracht.

---

dings die Existenz, die ich einer Frau zu bieten habe, eine armselige.

„Das ist meine letzte Sorge!" Margarethe rief diese Worte mit glühenden Wangen, erreichte aber nur, daß Roland, ziemlich gedrückt, die Frage wiederholte, ob Grete denn auch bereit sei, ihn auf der Stelle zu heirathen.

„Ich hätte eine einzige Bedingung zu stellen," versetzte Grete leise.

„Und welche?"

„Du sollst sie gleich hören; es handelt sich nur um die Beantwortung einer einzigen Frage, aber um eine ganz offene, wahrheitsgetreue Beantwortung. Willst Du?"

„So wahr ich Dich liebe, meine Grete, so wahr ich mich selbst achte, ich will Dir Deine Frage offen beantworten."

„Wohlan — prüfe Dich genau und dann sage mir rund heraus, ob Du wirklich nur mit dem Wunsche, mich auf der Stelle zu heirathen, hierher gekommen bist? Denke nicht, Du müßtest mich schonen — denke nur an Deine Ehre!"

Trotz aller Sophismen und Selbsttäuschungen, in welchen Roland sich während der letzten Wochen und Monate geübt, konnte Roland es nicht über sich gewinnen, Margarethes Frage mit „Ja" zu beantworten. Er wußte ganz genau, daß er nicht mit dem Wunsch, Grete sofort zu heirathen, nach Tangley gefahren war — vielmehr hatte er die sofortige Heirath nur in einer Art von Verzweiflung vorgeschlagen, um vor seinem eigenen Herzen, das mit leidenschaftlicher Macht ihn zu Folly hinzog, sich zu schützen.

Er schwieg jetzt, von den widerstreitensten Empfindungen durchtobt, und als er sich endlich bewußt ward, er müsse die Frage beantworten, hegte Margarethe lange keinen Zweifel mehr darüber, wie diese Antwort ausfallen werde.

„Nein", rang es sich beklommen und stockend von Rolands Lippen.

Er stand mit niedergeschlagenen Augen vor dem jungen Mädchen und erhob auch den Blick nicht, als Grete jetzt ohne Groll, sondern mit der himmlischen Sanftmuth, die sie von ihrem guten Bruder erlernt hatte, sprach:

„Roland, ich danke Dir, daß Du es über Dich gewannest, wahr zu sein. Roland, leb' wohl — Du bist frei!"

* * *

Richard Vane hatte sich umsonst bemüht, seine Gedanken auf die Predigt, mit welcher er beschäftigt war, zu heften — immer und immer wieder mußte er an die Beiden, die drunten im Wohnzimmer saßen, denken, und endlich litt es ihn nicht länger in seiner Studierstube. Als er in's Wohnzimmer trat, sah er Grethe blaß und verweint neben dem Kamin sitzen; leise den Arm um sie legend, flüsterte er bewegt:

„Ist's vorüber, Grete?"

„Ja," nickte sie traurig, „er liebt mich nicht mehr . . so gab ich ihn frei."

„Armes, liebes Kind! Vielleicht wird er zurückkehren, wenn er sein eigenes Herz besser versteht?"

„Nein, Richard, Roland ist fort und es ist jetzt Alles aus."

„Ist er in's Schloß gegangen?"

„Nein, er hoffte noch den Nachtzug nach London zu erreichen."

„Nach London?" — Der Pfarrer mußte einen Augenblick, als rufe ein Blitzstrahl die Erscheinung hervor, an Follys berückende Schönheit denken. So kurz er die Tänzerin auch gesehen, und bei ungewissem Licht, der Eindruck blieb doch in seiner Seele haften. Dann raffte er sich auf und sagte lebhaft:

„Grete, ich trage mich schon seit einiger Zeit mit einem Entschluß, dessen Ausführung ich nur in Rücksicht auf Dich verschob, weil ich glaubte, Dir den Schmerz, dies stille Pfarrhaus verlassen zu müssen, ersparen zu können. Ich fühle längst, daß ich hier nicht an meinem Platz bin, sobald Du Rolands Gattin geworden wärest, hätte ich meine Pfarrstelle ohnehin aufgegeben. Gott hat es nun anders gefügt, die Entscheidung beschleunigt . . . . Du wirst Dich jetzt wohl leichter von Tangley trennen?"

„O, Richard, Du denkst immer nur an andere?" sagte Grete schluchzend.

„Behüte Gott, lieb Schwesterchen, ich denke auch an mich selbst. Es ist mir hier in Tangley zu still und dann habe ich hier viel zu wenig zu thun. Außerdem — —"

„Wenn ich nicht wüßte, wie sehr Dich gerade die friedliche Stille von Tangley anzieht, würde ich vielleicht Deinen Worten Glauben schenken," fiel Grethe dem Bruder in die Rede; „wie oft hast Du unsern stillen alten Garten ein Paradies genannt und ach wie schön war's, wenn wir unter dem Apfelbaum saßen und die summenden Bienen und Mücken naschend von Blume zu Blume flogen! Um meinetwillen willst Du das alles verlassen, Richard — o ich kenne Dich!"

„Hm — ich sollte denken, Bienen und andere Insekten lassen sich auch in London auftreiben, wenn Dein Herz so sehr an ihnen hängt," scherzte der Bruder.

Grete mußte wider Willen mitten in ihren Thränen lächeln.

„Was gedenkst Du in London zu beginnen, Richard?" fragte sie nach einer Weile beruhigten; „willst Du das Wort Gottes auf der Straße predigen?"

„Nein, Grethe, ich glaube nicht, daß ich mich dazu eignen würde, aber ich werde schon eine meinen Fähigkeiten angemessene Stellung finden —"

„Und ich könnte wieder unterrichten," fiel Margarethe lebhaft ein. „Es giebt in der großen Stadt so viele arme Kinder, welche keine Schulen besuchen, eben weil sie zu arm sind."

„Ich sehe, wir verstehen uns," sagte Richard warm; „die Zinsen unseres nur kleinen Kapitals schützen uns vor Mangel und das Weitere überlassen wir gern dem Himmel."

„Und wann werden wir Tangley verlassen?"

„So bald als möglich. Je eher ich nach London komme, um so besser wird's für Roland sein."

„Für Roland? Du hoffst ihm nützen zu können?"

„Das hoffe ich zu Gott, Grete!"

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redacteur: Otto Friedrich. Druck und Verlag: Friedr. Meyer & Co., beide in Lübeck.